



Das Ekel
von Datteln

Armut in
Recklinghausen

Peter Budschun (SPD)

Aufsteiger 1989?

HIER, WIRD
DEUTSCH GESPROCHEN

HERE WE SPEAK
ENGLISH

| | | |
|---------------------------|---|----|
| <i>Lokales</i> | <i>Der "Rote Narr" Peter Rausch: Jochen, Jochen, nimm Dich in Acht, sonst wirst Du von den Genossen kalt gemacht"</i> | 4 |
| | Ein ganz toller Hecht - Er treibt es mit anderen Frauen, verschleudert öffentliche Gelder und ist sowieso ein Linker. Jochen Welt ist im Schußfeld seiner eigenen Genossen. Über die "Affäre Welt" und dem "Aufsteiger" Budschun. | |
| <i>Wandlungen</i> | <i>ZETT vormals Holzwurm Auf neuen Wegen</i> | 6 |
| <i>Armut</i> | <i>8000 Arme in Recklinghausen Neue Studie vorgelegt</i> | 8 |
| | Einkommenarmut: 20.000 Menschen in Recklinghausen betroffen". So oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen in der Tagespresse, als das Diakonische Werk im Januar seinen Bericht zur Einkommenarmut und zur Arbeitslosigkeit in Recklinghausen vorstellte. | |
| <i>Knete-Poker</i> | <i>Ökofonds Recklinghausen Staatsknete über Umwegen</i> | 12 |
| | <i>Ein Fall für harte Typen Ein Abend bei den GRÜNEN</i> | 13 |
| | Es gibt noch Abenteuer auf dieser Welt. Gleich an der Herner Straße, wenn es dunkel wird in Recklinghausen, dann kommen sie zusammen. Einzel kämpferausbildung ist nicht dagegen, wenn die Recklinghäuser GRÜNEN sich im Ausbildungscamp auf den parlamentarischen Alltag vorbereiten. Ein Bericht aus der Höhle der Löwen. | |
| <i>Deutsch</i> | <i>Weise (CDU): "Grundgesetz muß gelten und nicht der Koran" Podiumsdiskussion: Aussiedler, Asylanten und Ausländer</i> | 14 |
| <i>Öko und Bio</i> | <i>Agrarfabriken oder bäuerliche Landwirtschaft? Veranstaltung der Ökologischen Verbraucherinitiative</i> | 16 |
| <i>Gesinnungs-TÜV</i> | <i>Kennen Sie den Paragraph 129a? Was ein Wecker mit der Gentechnologie zu tun hat</i> | 18 |
| | <i>§129a - Die Wunderwaffe des deutschen Rechts</i> | 21 |
| <i>Literatur REAL</i> | <i>Das Ekel von Datteln Buch mit Wirklichkeitsbezug Wie die Wirklichkeit doch immer die besten Romanvorlagen liefert. Wer kann schon der Titelheld des Romans sein? Auszüge aus einem Buch des Weltkreisverlages</i> | 23 |
| <i>Veranstaltungstips</i> | <i>Kultursplitter: Hanne Hiob, Rocktheater Nachtschicht, Ruhrfestspiele, R.E.C.K.</i> | 26 |
| <i>Dokumentation</i> | <i>Affäre Welt" Koran contra Grundgesetz</i> | 28 |
| <i>Adressen</i> | | 31 |

sten, hatte sich Budschun für den "Mayor der Reserve" stark gemacht.

So war es denn kein Wunder, daß Peter Budschun "Gewehr bei Fuß" stand, als die "Affäre Welt" begann und noch niemand wußte, welche Dimensionen der Fall annehmen konnte. Auf der wichtigsten Veranstaltung, die jährlich im Rathaus stattfindet, der "Närrischen Ratssitzung" wurde der "Rote Narr" Peter Rauch (Mitglied im geschäftsführenden SPD-Stadtverbandsvorstand) deutlich:

"Dem Trend der Zeit entspricht der Jochen wirklich nicht, nicht groß, nicht blond, kein Engels-gesicht, so wie Thoma, Wasi, Becker, Klinsmann, Der CDU der hat mans schon vertellt, drum sie jetzt viel von Wolfgang Pantförder hält, wird die SPD die Zeichen der Zeit auch bald erkennen, und Peter Budschun zum Spitzenmann benennen? Jochen, Jochen nimm Dich in Acht, sonst wirst Du von den Genossen kalt gemacht."

Natürlich sei das alles Jux gewesen, so der "Narr" Rausch später, allerdings die anderen Teile seiner Rede waren durchaus ernst gemeint. Wahrscheinlich war es dann auch "Jux", als Welt auf derselben Veranstaltung zur Gitarre reimte: "Und da sagt Dir die Partei, am Aschermittwoch ist alles vorbei".

Welt rechnet selber damit, daß im Laufe des Jahres noch weitere "Stinkbomben" gegen ihn hochgehen werden. Sollten sie von der gleichen Qualität sein, wie die bisherigen Attacken, dann werden sie dem Bürgermeister in den nächsten Monaten eher den Rücken stärken. Die rechte Bergbau-Lobby hat auch im Kreis Recklinghausen weiter an Einfluß verloren. Nur

Wandlungen

ZETT vormals Holzwurm Auf neuen Wegen

"Totgesagte leben länger", dies gilt für diese Zeitung allemal. Der Name ist neu, die Aufmachung und Herstellung verändert, und doch wird hier etwas weitergeführt, was im Oktober 1976 begonnen hat: Der "Holzwurm" ist tot, es lebe ZETT!

ZETT ist nach vielen Überlegungen und Vorbereitungen entstanden. Den bisherigen Holzwurm-Abonnenten ist die Zeit seit der letzten Ausgabe im Juni 1988 ziemlich lang geworden. Für die Geduld möchten wir uns herzlich bedanken. Die bezahlten Abonnements werden von ZETT übernommen und vollständig ausgeführt.

Die Auflage der ersten Nummer im Oktober 1976 betrug 70 Exemplare, die im Jugendzentrum im Nu vergriffen waren. Während in der ersten Nummer Jochen Welt die Fragen der Redaktion zum Jugendzentrum Heinrich-Pardon-Haus noch freundlich beantwortete, war die Aufdeckung eines Abrechnungsskandals bei der WBK (Westfälische Berggewerkschaftskasse) im Jahr 1983 für ihn Anlaß, den Redakteuren eine einstweilige Verfügung ins Haus zu schicken. Im Jahr 1989 sieht sich Jochen Welt selbst einer Anzeige gegenüber: Verdacht auf Untreue im Amt und Entgegennahme von Vorteilen.

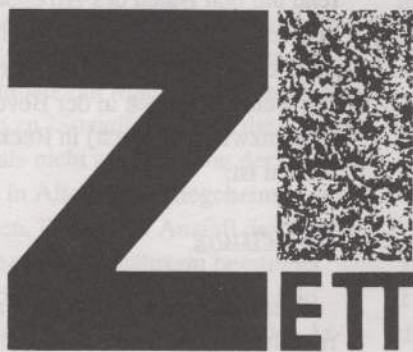
HOLZWURM

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN

Lange Jahre war für den Holzwurm das Thema Jugendzentrum ein Hauptthema. Spätestens mit der Ablösung vom städtischen Jugendheim wurde die Themenvielfalt größer. Das Ziel, einen breiteren Kreis an Lesern zu gewinnen wurde in den ersten Jahren sicherlich erreicht. Mit der Zeit zeigten sich aber Abnutzungserscheinungen, das Niveau bröckelte ab. Im Sommer letzten Jahres beschloß dann die Redaktion, das Erscheinen der Zeitschrift vorläufig einzustellen. Im Herbst begannen dann die Planungen für ein Nachfolgeprojekt, dessen erstes Produkt nun vorliegt.

Mit ZETT wollen wir Menschen erreichen, die lokalpolitisch interessiert sind. Unser Anspruch nach guter Lesbarkeit will keine Abstriche bei den Themen und Inhalten hinnehmen. Die früheren Hefte wurden vollständig im eigenen Haus produziert, wodurch immer wieder Zeit und Engagement für die eigentliche Redaktionsarbeit fehlten. Die gesamte technische Herstellung wurde nun ausgelagert, so daß die erste Voraussetzung für eine gute Redaktionsarbeit geschaffen wurde. Ein weiterer Vorteil der Fremdproduktion ist die gleichbleibende Druckqualität. Durch den Einsatz der Mikroelektronik sind wir nun auch in der Lage, ein angemessenes Schriftbild anzubieten. Auch die Betreuung von Anzeigenkunden wird nun ausgelagert.

Bleiben wird die ehrenamtliche und unentgeltliche Arbeit in der Redaktion. Eine lokalpolitische Zeitschrift anzubieten, finden wir immer noch wichtig genug, um auf Lohn weiterhin zu verzichten.



RECKLINGHAUSEN

Da sehen wir uns bewußt im Gegensatz zu den "Szene-Blättern", die sich vollständig dem Kommerz und der Expansion verschrieben haben. Neuestes Beispiel ist die Zusammenarbeit des Jahreszeiten-Verlags mit der Zeitschrift Prinz (Bochum, vormals Guckloch). Von einer "Selbstaussbeutungs-Unlust" wird da ebenso gesprochen wie vom "interessanten Anzeigenmarkt". Die Prinz-Kette will den Redakteuren 4200 DM brutto monatlich zahlen.

Wer mitmachen will an einem neuen Zeitungsprojekt ist herzlich dazu eingeladen. Wer mit der Redaktion Kontakt aufnehmen möchte, kann dies schriftlich tun:

ZETT
c/o Attatroll Buchladen
Herner Str. 16, 4350
Recklinghausen.

ZETT März 1989



Peter
Budschun,
der "Stramme"

noch hier konnten sie ihren Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer als Direktkandidat in den Bundestag hieven. Und dies wäre auch die letzte Chance für seinen als Nachfolger gehandelten Vorstandskollegen Klaus Südhofer, die Gewerkschaft in Bonn zu vertreten. Immerhin ist Südhofer Recklinghäuser und mit einer langfristigen Kampagne geben Welt könnten dessen Ambitionen gebremst werden, doch mal gegen seinen "eigenen Gewerkschaftsvorsitzenden" zu kandidieren. Aber vielleicht kommt Peter Budschun auf diesen Gedanken?

(siehe auch "DOKUMENTATION")

Diakonisches Werk legt Studie über Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit in Recklinghausen vor

8000 Arme in Recklinghausen

BERICHT UND KOMMENTAR VON KLAUS WITHÖFT

"Diese Berichte müßten unruhig machen...", kommentierte R. Sonnemann, Superintendent und Vorsitzender des Diakonischen Werks im Kirchenkreis Recklinghausen, in seinem Vorwort den Bericht über Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit in Recklinghausen.



Seit März 1986 ist das Diakonische Werk im Rahmen eines Verbundprojekts der Evangelischen Kirche Deutschlands am "Zweiten Programm der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Armut in Europa" beteiligt, das noch bis November dieses Jahres läuft. Die im Januar der Öffentlichkeit vorgestellte Studie - basierend auf den Daten des Arbeitsamtes und der Stadtverwaltung - macht deutlich, wie groß der Anteil der sozial Benachteiligten in der Bevölkerung inzwischen (auch) in Recklinghausen ist.

Zielsetzung

Der Bericht ist, so die beiden Autoren Theo Schlierkamp und Rudolf Rölleke, "als ein erster Versuch zu verstehen, durch eine umfassende Bestandsaufnahme ... von Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit die in diesem Zusammenhang bestehende Problematik stärker als bisher zu einem öffentlichen Thema zu machen." Die Bestandsaufnahme ist im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten eindrucksvoll gelungen, ob es jedoch gelingt bzw. überhaupt ausreicht, den Problembereich stärker zu thematisieren, muß bezweifelt werden (siehe Kommentar).

Einkommensarmut

Anfang 1980 stieg die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen um mehr als die Hälfte. Noch 1980 waren 2416 Personen auf "Hilfe zum Lebensunterhalt" angewiesen. 1987 lag die Zahl

schon bei 3880 Personen in Recklinghausen. Rechnet mensch hinzu, daß nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nur die Hälfte der Berechtigten ihre Ansprüche geltend macht, zeigt sich ein fataler Zustand. Fast 8000 RecklinghäuserInnen leben demnach am Rande des Existenzminimums. Die hohe Dunkelziffer begründet sich in der Angst der Betroffenen vor Diskriminierung durch Nachbarn, Verwandte und Freunde.

Die Ursachen, die die Menschen von der Sozialhilfe abhängig werden lassen, sind vielfältig. In 24% aller Fälle sind hier unzureichende Ansprüche im Bereich der Renten- und Arbeitslosenversicherung zu nennen. Die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen schließen immer mehr Arbeitslose vom Leistungssystem aus. In zunehmendem Maße werden auch alte Leute zu "Sozialfällen", da die Renten oftmals nicht zur Deckung der Pflegesätze in Alten- und Pflegeheimen ausreichen. Durch den Ausfall des Ernährers bzw. der Ernährerin begründet sich die Sozialhilfebedürftigkeit in 17,3% der Fälle. Der Verlust des Arbeitsplatzes (16,5%) und Krankheit (10%) sind weitere Ursachen. In dem großen Anteil der "sonstigen" Gründe (28%) ist eine Bevölkerungsgruppe verborgen, die fast komplett zu den SozialhilfebezieherInnen gehört. Die in Recklinghausen lebenden ausländischen Flüchtlinge stellen allein ca. 17% aller Fälle dar.

Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, daß die Aufwendungen für die Sozialhilfe um mehr als das Doppelte angestiegen sind. Der finanzielle Aufwand für die Hilfe zum Lebensunterhalt stieg von elf Millionen DM im Jahre 1980 auf fast 24 Millionen DM im Jahre 1987. Neben den regelmäßigen Leistungen sind in diesem Betrag auch einmalige Beihilfen z.B. für Kleidung, Möbel und Hausrat enthalten. Im Jahre 1980 betrug ihr An-



teil an den Gesamtaufwendungen noch 15,4%. Im Laufe der Jahre sanken die Ausgaben für diesen Posten, nach zwischenzeitlichem Anstieg, auf 11,5%. In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet das: 1982 bekamen alle SozialhilfeempfängerInnen durchschnittlich 913 DM an einmaligen Beihilfen. 1987 waren es nur noch 713 DM.

Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung im Bereich der Arbeitslosigkeit zeigt fast den gleichen Verlauf wie bei der Sozialhilfe. Die Zahl der arbeitslosen Menschen in Recklinghausen stieg in den 80er Jahren um mehr als das Doppelte, von 2468 Personen im Jahre 1980 auf 5963 Personen im Jahre 1987. Auch diese Statistik zeigt nur einen Teil der Realität. Durch Vorruhestandsregelungen, Umschulungen, Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erscheinen viele Menschen ohne festen Arbeitsplatz nicht mehr in der Statistik.

Zu der genannten Gruppe gehörten 1987 3929 Personen. Weitere Verzerrungen dürfte die ab 1.1.88 eingeführte Meldepflicht für Arbeitslose ohne Leistungsbezug mit sich bringen. Wer kein Arbeitslosengeld bzw. keine Arbeitslosenhilfe bekommt und sich nicht alle drei Monate erneut beim Arbeitsamt arbeitslos meldet, wird aus der Statistik gestrichen. Berücksichtigt mensch diese Tatsachen, so ergibt sich für Recklinghausen eine Arbeitslosenquote von rund 30% gegenüber ca. 14% laut offizieller Statistik.

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist besonders groß für Personen unter 30 Jahren (37,8% aller Arbeitslosen) und über 50jährige (24,9%). Weitere Risikogruppen sind Menschen ohne Berufsausbildung, Frauen und ausländische ArbeitnehmerInnen. Drastisch gestiegen ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Mehr als ein Drittel aller Betroffenen ist bereits über ein Jahr arbeitslos und über die Hälfte hiervon schon länger als zwei Jahre.

Immer weniger Arbeitslose erhalten für ihre Sozialabgaben auch einen Versicherungsschutz. Aufgrund verschärfter Leistungsvoraussetzungen bekommen nur noch 60% aller Betroffenen Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe.

Aufgeräumt wird in der Studie mit dem alten Märchen, nach dem jede/r eine Arbeit finden kann, der bzw. die danach sucht. Im August 1988 standen den 8130 beim Arbeitsamt Recklinghausen registrierten Arbeitslosen 412 offene Stellen gegenüber. Das entspricht einem Verhältnis von 20:1. Bezieht man noch die Arbeitsuchenden in diese Rechnung mit ein, ergibt sich ein Verhältnis von 29:1.

Stadtteilstrukturanalyse

Der Bericht analysiert die 20 Recklinghäuser Stadtbezirke bezüglich verschiedener Sozialindikatoren,

die tatsächlich oder potentiell benachteiligte Bevölkerungsgruppen beschreiben. Es handelt sich hierbei um Personen über 60 Jahre, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, ausländische Haushalte, Haushalte von Alleinerziehenden, verwitwete oder geschiedene Frauen, SozialhilfeempfängerInnen und ausländische Flüchtlinge.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse ist festzustellen, daß die traditionellen Vorurteile gegenüber bestimmten Stadtteilen immer zweifelhafter werden. Als "Wohngebiete mit gehäuft auftretenden Problemlagen" wurden Hillerheide, Süd, König-Ludwig und Röllinghausen-Süd eingestuft. Aber auch andere Stadtteile stehen nicht viel besser da. So liegt beispielsweise der Anteil der ausländischen Haushalte, der Anteil der alten Menschen, der Anteil der geschiedenen und verwitweten Frauen und der Anteil der

Haushalte von Alleinerziehenden in der Innenstadt am höchsten. Insgesamt kommt die Studie in diesem Punkt zu dem Ergebnis, daß "in einzelnen Stadtbereichen Tendenzen zur sozialen Segregation und zu sozialen Entmischungsprozessen" erkennbar sind. "Darüber hinaus zeigen sich bereits deutliche Tendenzen zur Anhäufung sozial benachteiligter Gruppen in Stadtteilen, die nach gängiger Meinung durchaus als "durchschnittlich" eingestuft werden."

Ein Vergleich

Hier sei an den 1987 erschienenen Report der Caritas (dem katholischen Pendant zur Diakonie) zur neuen Armut "Arme haben keine Lobby" erinnert, der in der Öffentlichkeit zunächst auch auf breite Resonanz stieß.

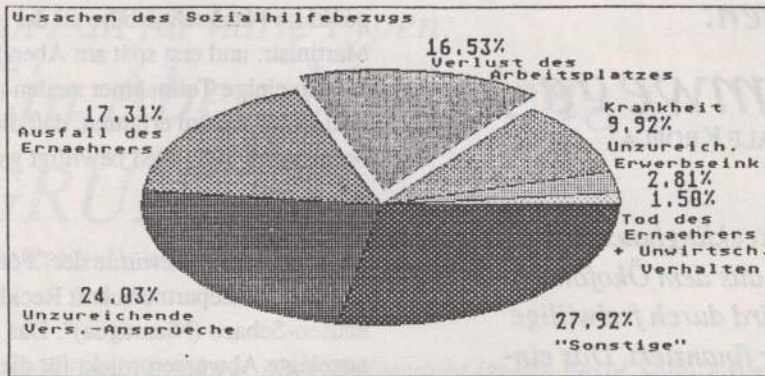
Der im wesentlichen auf Erfahrungsberichten von Caritas-Mitarbei-

IHR MACHT ZEITUNG

*Wir gratulieren
zur 1. Ausgabe*

*Atelier
Bambi
Capitol
Kammer
Studio 1
Studio 2*

WIR MACHEN KINO



terInnen basierende Report kam u.a. zu folgenden Aussagen:

- Die Regelsätze der Sozialhilfe reichen nicht aus, um ein Leben in menschenwürdiger Form sicherzustellen.
- Die einmaligen Leistungen sind zu knapp bemessen, werden zu selten gewährt und häufig rechtswidrig verweigert.
- Rechtsansprüche werden vielerorts systematisch reduziert und restriktiv gehandhabt.
- Durch die Städtebaupolitik der vergangenen Jahre entstehen zunehmend mehr soziale Brennpunkte.
- Die Zahl der überschuldeten Hilfesuchenden nimmt mehr und mehr zu.

Aus diesen Aussagen werden Forderungen wie z.B. nach einer 30%igen Erhöhung der Sozialhilfe, langfristige Einführung einer neuen Grundsicherung für Einkommensschwache, Schaffung von genug erschwinglichem Wohnraum und die Einführung der Möglichkeit eines privaten Konkurses abgeleitet und die Politiker aller politischen Richtungen aufgefordert, sich in verstärktem Maße der Diskussion bestehender Probleme zu stellen und aktiv an der Lösung von Schwierigkeiten mitzuarbeiten.

Das Resümee bezüglich der Auswirkungen des Reports, gezogen im Oktober 1988 auf der 3. Fachtagung Armut, fällt mehr als bescheiden aus.

Zitat: "Die in unserem Buch aufgeführten Tatsachen und Konsequenzen haben auch heute uneingeschränkte Gültigkeit. ... Nach wie vor gilt, daß das bestehende Sozialhilfesystem den derzeitigen Gegebenheiten nicht gerecht wird. ... An diesen und ähnlichen Diskussionen wird mir deutlich, daß die Politiker sich in unserem Land eigentlich überhaupt nicht für die wirklichen Sorgen, Nöte, Bedürfnisse armer Menschen interessieren. ... Wir

als Caritas dürfen die Politik aller Parteien und Regierungen zur Arbeitslosigkeit, zu Sozialhilfegewährung und -finanzierung, die Politik für Rentnerinnen, für Alleinerziehende so nicht weiter hinnehmen. Meiner Einschätzung nach ist sie ungerecht, unehrlich und verschleiern und schiebt die Armen unserer Gesellschaft immer mehr ins gesellschaftliche Abseits zugunsten von Reichtum und Ansehen von zwei Dritteln unserer Gesellschaft."

Solcherlei Stellungnahmen enthält sich die Studie des Diakonischen Werkes. "Differenzierte Bewertungen und Ursachenanalysen werden nicht vorgenommen. Diese sollen der jeweiligen Leserin bzw. dem jeweiligen Leser mit ihrer/seiner unterschiedlichen Interessenlage und Fragestellung überlassen bleiben."

Kommentar

"Die Scheiße ist seit Dekaden und Generationen von allen Seiten untersucht und begutachtet worden. Ich bin lediglich der Meinung, daß das meiste, was in diesem Lande vor sich geht, nicht länger analysiert zu werden braucht."

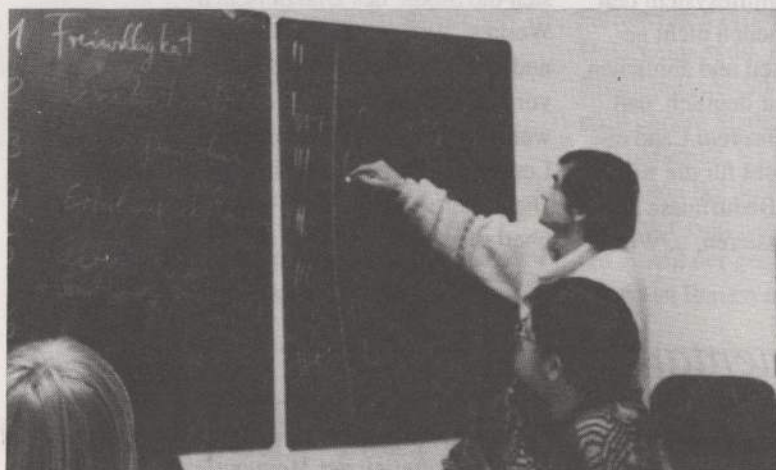
Auch wenn mensch sich diesem Zitat von Eldrige Cleaver, einem Mitglied der Black Panther Partei in den USA, nicht vorbehaltlos anschließen mag, so weist es doch in die richtige Richtung. Da wird gearmutforscht, problemgruppenbegutachtet und viel Geld für dicke Studien ausgegeben. Dabei sind die Ursachen für die meisten sozialen Probleme in diesem Land längst bekannt, Lösungsmöglichkeiten beschrieben.

Woran es fehlt, ist der politische Wille, Abhilfe zu schaffen, was bedeuten würde, den gesellschaftlichen Reichtum umzuverteilen. Dazu tragen Studien wie die des Diakonischen Werks herzlich wenig bei. Zumal wenn, wie in diesem Fall, darauf verzichtet wird, Stellung zu beziehen, Kritik zu üben und Forderungen zu formulieren. Eine bloße Darstellung der Fakten läßt nahezu jede Interpretation, was Ursachen des Problems und Konsequenzen betrifft, zu. So schaffen Verantwortliche und Autoren selbst die besten Voraussetzungen dafür, daß ihr Werk nach kurzer Zeit wieder in der Versenkung verschwindet.

Ökofonds Recklinghausen: Staatsknete über Umwege

VON RALF KROPLA

Zehn Anträge lagen dem Ortsverband Recklinghausen der "Grünen" Ende Januar vor, als Gelder aus dem Ökofond verteilt werden sollten. Der Ökofond wird durch freiwillige Zahlungen der "grünen" Ratsmitglieder finanziert. Das einfache Ratsmitglied erhält DM 509, der Fraktionssprecher das Vierfache an Diäten. In Recklinghausen behalten die Ratsmitglieder davon DM 150 ein, den Rest zahlen sie an die Partei bzw. den Ökofond.



*Nach drei Stunden
Diskussion stand
es fest:
Es bleibt alles
beim alten!*

Schon im letzten Jahr war es zu Diskussionen um die Vergabep Praxis von Ökofond-Geldern gekommen. Die "Grünen" können nur bis Oktober 1989 Unterstützungen zusagen. Dann finden die Kommunalwahlen statt, deren Ausgang für die "Grünen" möglicherweise erheblichen Einfluß auf die vorhandenen Geldmittel haben wird. Die bisherige Vergabep Praxis von monatlichen Zahlungen wurde geändert. Es werden nun einmalige Zahlungen für konkrete Themen und Projekte geleistet.

Die Autonome Frauengruppe beantragte einen Zuschuß von DM 500, der ihr auch zugesprochen wurde, um Aktionen zum Themenkreis "129a" zu finanzieren. Der Antifaschistische Bund und die Zeitung "Antifaz" stellten einen gemeinsamen Antrag. Die

"Antifaz" mit ihrem Antrag auf DM 350 pro Monat wurde an den Kreis-ökofonds verwiesen, der Antifaschistische Bund erhielt DM 300 (für das erste Halbjahr) für die geplanten Aktionen gegen die rechtsextreme DVU.

Der Frauennotruf beantragte eine Spende in Höhe von DM 500. Die Befürwortung dieses Antrages stand außer Frage, während das Frauentheater "Heidentheater" abschlägig beschieden wurde. Kulturelle Aktivitäten sollen über den Ökofonds nicht gefördert werden. Es wurde entschieden, das "Heidentheater" demnächst für einen Auftritt zu engagieren.

Der Ökologischen Verbrauchernitiative stehen die Grünen natürlich nahe. Sie tagte zum gleichen Zeit-

punkt im Naturschutzbüro an der Martinistr. und erst spät am Abend stießen einige Teilnehmer zu den GRÜNEN, um zu erfahren, daß die beantragten 500,- DM bewilligt worden seien.

Herb enttäuscht wurde der "Förderkreis Städtepartnerschaft Recklinghausen-Sebaco (Nicaragua)". Das groß angelegte Abwasserprojekt für die Stadt Sebaco wird vom Förderkreis in Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen europäischen Ländern durchgeführt. Zur späteren Förderung durch die EG müssen die Gruppen mehrere zehntausend DM als Eigenkapital nachweisen. Für Recklinghausen bedeutet dies eine Summe von 50.000 DM pro Jahr auf die Dauer von fünf Jahren! Der Förderkreis erhielt heute nur einen Zuschlag von DM 500. Es wurde jedoch in Aussicht gestellt, daß später weitere Gelder fließen.

Die Nichtraucherinitiative will einen Prozeß gegen Tabakwerbung durchführen. Da hierfür noch einige Voraussetzungen fehlen, wurde der Antrag der Initiative zurückgestellt. Die "Elterninitiative gegen Aussonderung" stellte den mündlichen Antrag auf DM 500. Nachdem sich die Gruppe bisher mit Erfolg um Integrationsgruppen im Kindergartenbereich bemühte, will sie dieses Thema nun auch für den Schulbereich angehen. Um diesen Antrag wurde länger diskutiert, weil er in schriftlicher Form nicht vorlag, was nun nachgeholt werden soll.

Die Projektgruppe "Bürgerinformationszentrum" hatte schon auf einer früheren Sitzung die Zustimmung für eine finanzielle Unterstützung für die Zeit von sechs Monaten erhalten. Die Zahlung erfolgt allerdings nur, wenn sich auch andere Gruppen an dem Projekt beteiligen.

Ein Fall für harte Typen: Ein Abend bei den GRÜNEN

VON ERICH BEHRENDT

Einigkeit macht stark, aber Zwietracht ist die beste Schule für den harten kommunalpolitischen Alltag. Gekommen, um sich nach längerer Zeit mal wieder eine Mitgliederversammlung der GRÜNEN in Recklinghausen "reinzuziehen", geriet der Autor unversehens in eine gruppenspezifische Aktionsstunde der Recklinghäuser GRÜNEN, die offensichtlich ihre Mandatsträger für die parlamentarische Arbeit fitmachen wollten.

Die sachliche Diskussion war bald beendet. Obwohl auf der Einladung als letzter Tagesordnungspunkt ausgewiesen, wurde die Vergabe aus Mitteln des Ökofonds (vgl. Artikel "Staatsknete auf Umwegen") nach vorne gezogen, um Zeit für wichtigere Dinge zu gewinnen.

Anlaß zum "Härtetest" bot der Tagesordnungspunkt "Aufwandsentschädigung", umgangssprachlich "Diäten" genannt. Mit lockeren Bemerkungen ala "Du hast vorhin Einwände gebracht, die waren unter aller Sau" wurde den Anwesenden klar gemacht, daß nun die Lockerungsübungen vorbei waren. Unter der Leitung der Sozialarbeiterin Anita Wolschendorf begann das Rollenspiel, in dem die Kreistagsmitglieder Georg Schliehe und Lutz Schindler die Aufgabe erteilt bekommen hatten, als "Diätenfürsten" möglichst jeden Pfennig für sich zu behalten. Eine Rolle, die sie überzeugten bis zum Schluß durchhielten. Auch die Argumentationsform des technokratischen Formalisten wurde von Tyge Claussen gekonnt in Szene gesetzt.

Dem sonst eher verhaltenen Jürgen Goldbeck nahm man dagegen seine Verbalattacken gegen Georg Schliehe ("Georg, halt die Schnauze") nicht ab. Kabarettreife dagegen Joachim Polnauer (Poldi) in seiner Rolle des Dadaisten-GRÜNEN, einer Fraktion, die auf jeden Fall mit ihren permanenten Unsinnkommentaren bei den GRÜNEN eine vielversprechende Zukunft hat.

Nach ungefähr zweistündigem Training zeigten sich dann langsam Ermüdungserscheinungen. Erste Anspielungen ("Hast Du im Drübelken Lokalverbot, daß Du die Sitzungen so in die Länge ziehst") deuteten kurz vor Mitternacht doch auf Konditionsschwächen einiger GRÜNER hin.

Für den Autor war es doch mal wieder sehr erfrischend eine politische Gruppe zu erleben, die sich systematisch auf die alltägliche Arbeit vorbereitet. Manchmal waren die rhetorischen Übungen so überzeugend unterhalb der Gürtellinie, das man sie glatt für ernst nehmen konnte.

Wenigstens neue Interessenten sollten doch besser vorgewarnt werden, sonst besteht ohne Zweifel die Gefahr, daß solche Diskussionen ernst genommen werden und neue Leute abschrecken. Das selbst erfahrene "Kämpfen" Realität und Fiktion hinterher nicht mehr auseinanderhalten konnten, zeigt die "Abwahl" von Georg Schliehe, der nicht mehr für den Kreistag als Kandidat aufgestellt wurde. Hier scheinen einige ihm seine Rolle als Diätenfürst als bare Münze abgenommen zu haben.



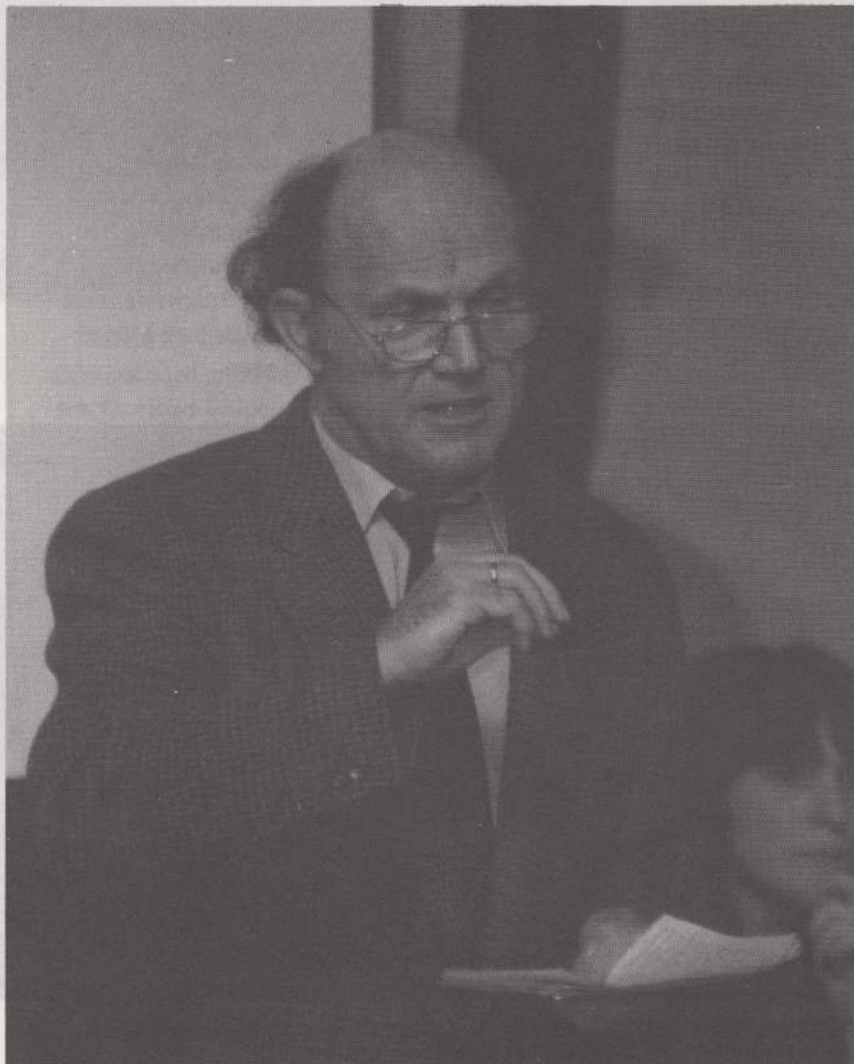
Kurz vor Mitternacht: Die Erschöpfung macht sich bemerkbar!

Weise (CDU): "Grundgesetz und nicht der Koran muß gelten"

VON ERICH BEHRENDT

Podiumsdiskussion: Aussiedler, Asylanten und Ausländer

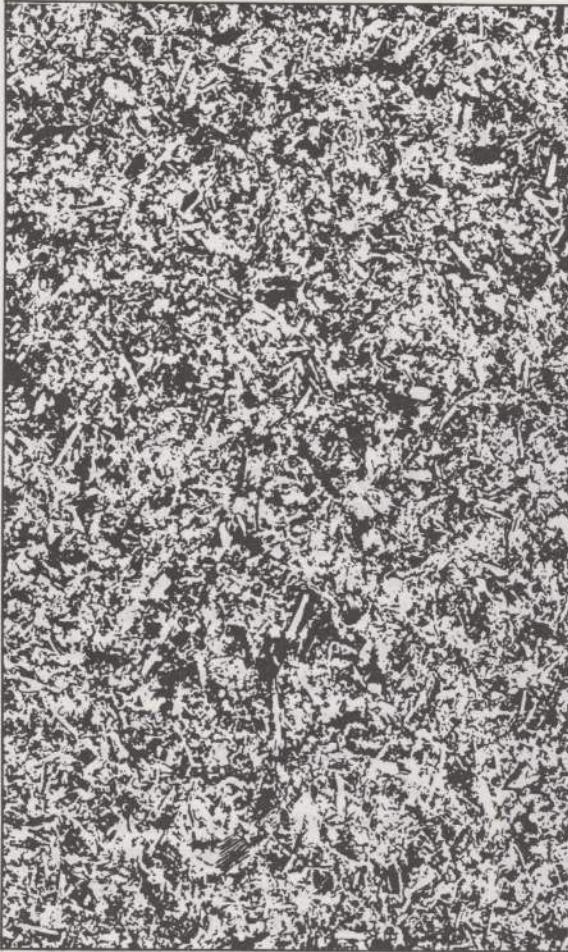
Zwischen Heiterkeit und faschistoiden Zwischentönen schwankte die Podiumsdiskussion des Ökonomischen Arbeitskreises der evangelischen Andreas- und der katholischen Elisabeth-Gemeinde am 16.1. im Roncalli-Haus zum Thema "Aussiedler, Asylanten und Ausländer". Für ersteres sorgten sowohl Referenten als auch einige Teilnehmer des über 120 Personen umfassenden Auditoriums. Auf der anderen Seite brachten Vertriebenenfunktionäre schon mal "überspitzt" die Zielsetzung der "Germanisierung" für die Aussiedler in die Runde.



Als roter Faden zog sich durch den Abend die Diskussion um die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede in den Begriffen "Ausländer, Asylanten und Aussiedler". Hob Anita Woltschendorf von den GRÜNEN als gemeinsamen Punkt den Gedanken der Flüchtlinge hervor und kritisierte die "ungerechtfertigte Bevorzugung der Aussiedler", versuchte Karl-Heinz Weise (Stadtverbandsvorsitzender der CDU) mit einem Vergleich klarzumachen, warum Aussiedler bevorzugt werden: "Wenn eine Häuserzeile der Haltener Straße abbrennen würde, und man hat dort einen Bruder wohnen, dann wird man ihn zuerst aufnehmen. Das Hemd sitzt einem eben näher als der Rock." Ein Vergleich, der spontan von vielen Teilnehmern abgelehnt wurde. Auch einige weitere Äußerungen hätte Karl-Heinz Weise - obwohl als provokativ titulierte - besser sein gelassen. "Das Grundgesetz muß das Grundgesetz der BRD bleiben und nicht der Koran." und "Bei einer Aufnahme von Ausländern muß man auch die Psyche der Umgebung mit berücksichtigen. Wenn man der Bevölkerung nicht den Eindruck vermitteln will, daß man den Zuzug unbeschränkt durchführen will, dann schürt man die Ausländerfeindlichkeit."

Erst im Verlauf der weiteren Diskussion wurde es deutlich, worum es bei der Frage Aussiedler versus Asylanten eigentlich geht. Bekanntete sich Karl-Heinz Weise offen dazu, daß

Leitete die Diskussion: Bernhard Schwenke vom Ökumenischen Arbeitskreis



Schulung und Beratung für

Existenzgründer

Wir führen durch:

Existenzgründungsberatungen

Existenzaufbauberatungen

sowie Schulungen und EDV-Seminare

Fordern Sie unser Programm an:

Institut für Medien und Kommunikation

Friederikastraße 111 -- 4630 Bochum 1
oder unter Telefonnummer 0234/336424.

es hier um die Nationalitätenfrage ging (Nationalstolz), vermied Peter Budschun (Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat) dazu eine klare Aussage, während dieser "Nationalstolz" von Anita Wolschendorf kritisiert wurde. Pfarrer Lübbering von der Gastkirche wies darauf hin, daß die Unterscheidung nach Rasse für den Christen zweit- oder dritrangig sein müsse. Für ihn sind drei Gründe wichtig, sich mit dem Thema zu beschäftigen: 1. die persönliche Betroffenheit in Form konkreter Hilfe, 2. die Ausländerfeindlichkeit, die einem u.a. bei Spaziergängen in der Hardt mit Aufschriften wie "Asylanten vergasen" begegnet und der christliche Standpunkt, daß jeder Mensch ein Ebenbild Gottes sei.

Nur ein Prozent aller Flüchtlinge in der Welt komme in die Bundesrepublik, und überall gäbe es, auch in

Recklinghausen, leerstehende Häuser und Wohnungen. Für Lübbering ist vieles eine Frage der Verteilung.

Budschun wies darauf hin, daß es in der Recklinghäuser Geschichte schon viele Integrationsprozesse von Ausländern gegeben habe. So waren 1910 26 Prozent der Recklinghäuser Polen. Fraglich war für ihn wie auch für andere Referenten, wieso gerade Recklinghausen im Gegensatz zu anderen Städten wie Bottrop, Münster oder Haltern so viele Aussiedler aufnehmen solle. Trotz einer Nachfrage äußerte sich Peter Budschun nicht auf die Aussage "Deutschtümelei" von Oskar Lafontaine.

Für die Asylanten gelte, daß das Asylverfahren zu lange dauere und, so Karl-Heinz Weise, für die Eltern als auch für die Kinder keine Perspektiven möglich seien.

Anita Wolschendorf kritisierte die SPD, weil sie in der Vergangenheit keine Programme gegen die Ausländerfeindlichkeit in Recklinghausen aufgelegt habe. Durch ihre Frage: "Warum gehen die Aussiedler nicht in die DDR?" kam im Saal Stimmung auf. Versuchte schon vorher ein Funktionär des Vertriebenenverbandes durch unqualifizierte Zwischenrufe auf sich aufmerksam zu machen, so erreichten seine Äußerungen einen Höhepunkt mit der Bezeichnung "EKD-Kappesköpfe" (Evangelische Kirche Deutschlands). Unverständlich, aber lustig blieben auch weitere Äußerungen von Vertriebenenfunktionären wie "Wirtschaftsasylanten aus der DDR", "Wenn die Grünen gegen die Volkszählung waren, warum wollen sie jetzt eine Wohnraumerhebung" usw..

(siehe auch "DOKUMENTATION"

Veranstaltung der Ökologischen Verbraucherinitiative Agrarfabriken oder bäuerliche Landwirtschaft ?

VON ERICH BEHRENDT

"Die Verbraucher können viel dazu beitragen, daß die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und daß der Konzentration in der Landwirtschaft Einhalt geboten wird." In eindrucksvoller Weise schilderten betroffene Bauern auf einer Diskussionsveranstaltung der "Ökologischen Verbraucherinitiative" die Lage der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. So werden in den nächsten 10 Jahren bis zu 75% der Betriebe aufgeben müssen. Das Einkaufsverhalten der meisten Verbraucher als auch die politischen Rahmenbedingungen fördern zunehmend die Konzentration in der Landwirtschaft.

Siegfried Martsch, Ökobauer und agrarpolitischer Sprecher der NRW-Grünen, sprach sich gegen eine Spaltung zwischen der herkömmlichen und der alternativen Landwirtschaft aus. Viele Bauern könnten heute schon Mitglied von Bioland werden, ohne daß sie sich als Ökobauern verstünden. Die Voraussetzungen für den Umbau der Industriegesellschaft seien kleinräumige, biologisch arbeitende Bauern. Dafür müsse in Zukunft mehr für die Qualität der Produkte von seiten der Verbraucher gezahlt werden. Zur Qualität gehört nach Martsch auch die Art und Weise, wie die Produkte erstellt werden. Die Preisgestaltung müsse sich daran orientieren, wieviel und wie umweltverträglich Produkte produziert werden.

Schon heute ist die Konzentration so weit fortgeschritten, daß ein bis zwei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 95 Prozent der Kälbermast betreiben, 12 Prozent der Betriebe 85 Prozent der Schweineproduktion und 3,3 Prozent 88 Prozent der Hühnerproduktion. Größter Hähnchenlieferant der Welt ist z.B. BP. Für viele Verbraucher sei es allerdings nicht möglich, hochwertige Lebensmittel zu kaufen, weil die Preise zu hoch sind. Martsch: "Es können aber nicht die Bäuerinnen und Bauern ihre Existenz in Frage setzen, nur weil die Gesellschaft z.B. ein Taschengeld für Sozialhilfeempfänger bzw. Arbeitslosenhilfe zahlt."



Mitglieder des Vorstandes der "Ökologischen Verbraucherinitiative"

Alois Pieper, konventioneller Landwirt, betonte ebenfalls, daß viele Landwirte noch eine enge Beziehung zu ihren traditionellen Produktionsformen haben. Allerdings ist der Landwirtschaft die Ökologie vollkommen abhanden gekommen, wenn man den Begriff vom Griechischen Oikos ableitet. Das Verhältnis zwischen Bauern und Verbrauchern habe sich so herauskristallisiert, daß der Kauf immer anonym werde und der Konsument gegenüber dem Bauern nie in Erscheinung tritt.

Allerdings werden die Spielregeln für diesen Bereich in Brüssel gemacht. "Und selbst diese EG-Behörde ist abhängig von einigen großen Konzernen und von unterschiedlichen Handelsbeziehungen." Zwischen dem, was die Bauern machen wollen und dem, was sie machen können, herrsche eine große Diskrepanz. Sicherlich gebe es etliche große landwirtschaftliche Betriebe, die aus reinen wirtschaftlichen Profitinteressen ihre Arbeit verstehen. Aber viele andere, insbesondere kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe gehen sehr sorgfältig und mit ethischer Verantwortung mit Tier und Boden um.

Im vollbesetzten Saal des Kolpinghauses waren viele Landwirte vertreten, die insbesondere nach der Machbarkeit alternativen Landbaus und Tierhaltung nachfragten. Zu kurz kamen daher ein wenig die Interessen der Verbraucher, die konkrete Hin-



Siegfried Martsch

weise darauf erwarten konnten, wie sie beim Einkauf besser darauf achten können, daß die Produkte umweltverträglich hergestellt werden und verbraucht werden können. Vielleicht wäre es hier eine Anregung, für den Recklinghäuser Bereich einen Einkaufsführer bzw. -helfer zu erstellen, der dem Verbraucher mitteilt, welche Betriebe als Produzenten oder Händler Bioprodukte herstellen bzw. vertreiben. Durch Erhebungen vor Ort könnte auch sichergestellt werden, daß mit dem Begriff "Bio" kein Mißbrauch getrieben wird. Der Führer könnte Hinweise auf neuerliche Betriebe geben, die direkt ihre Produkte vermarkten, er könnte Hinweise auf den Bezug gesünder Schweinefleisches, Eier, Kartoffeln u.ä. bieten, und er

könnte Metzgereien, Naturkostläden, Reformhäuser usw. auflisten.

Die Veranstaltung "Agrarfabriken oder bäuerliche Landwirtschaft" am 17. Januar 1989 wurde organisiert von der "Ökologischen Verbraucher/innen-Initiative Recklinghausen e.V.". Die Initiative wurde von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Kreis Recklinghausen im letzten Jahr gegründet und sucht noch weitere Mitstreiter. Nähere Informationen sind erhältlich bei:

Dorette Eikelkamp, 02361/18 16 52

Kennen Sie 129a ?

Was ein Wecker mit Gentechnologie zu tun hat

VON RALF KROPLA

Menschen, die sich gegen Tierversuche einsetzen, sich fragen, wer am Sextourismus nach Asien verdient, immer noch denken Atomenergie sei eine lebensgefährliche Stromquelle und die Menschen, die Genforschung für gar nicht zukunfts-trächtig ansehen, haben eines gemeinsam: Sie alle befassen sich mit "anschlagsrelevanten" Themen, so sehen es die Staatsanwälte. Und um bei diesen "Staatsfeinden" richtig aufräumen zu können, werden Zeugen zu Beschuldigten gemacht, werden Anklagen aufgrund von Indizien erhoben. Der Paragraph 129a dient den Staatsanwälten als Allzweckwaffe, und der Vorwurf lautet: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Im Zusammenhang mit der bundesweiten Großrazzia am 18.12.1987 soll gegen sieben Männer und Frauen aus Duisburg, Oberhausen Bochum und Hamburg die sogenannte "Erzwingungshaft" erlassen werden. Entsprechende Anträge der Bundesanwaltschaft sind gestellt und stehen derzeit beim Bundesgerichtshof zur Entscheidung an.

Die Betroffenen waren in der Vergangenheit bereits mehrfach zu ZeugInnenvernehmungen durch die Bundesanwaltschaft geladen worden. Von ihnen werden Angaben zu Personen erwartet, die im "Ermittlungskomplex 18.12." der Unterstützung beziehungsweise Mitgliedschaft der Revolutionären Zellen oder Rote Zora beschuldigt werden.

Wie fast alle der bislang über 20 ZeugInnen, die im Rahmen der Ermittlungen seit dem 18.12. vorletzten Jahres geladen wurden, verweigerten auch die jetzt mit Beugehaft bedrohten jede Aussage, ohne sich dabei auf die gesetzlich vorgesehenen Begründungen zu stützen. Das heißt, sie bezogen sich weder auf ein verwandtschaftliches Verhältnis zu dem oder der Beschuldigten, noch behaupteten sie, sich mit Aussagen selber belasten zu können. Ein Verhalten, das die Bundesanwaltschaft als "Demonstration gegen die Strafverfolgungsorgane" wertet und mit der Einführung von Beugehaft radikal zu bekämpfen versucht.

Zwar ist die Möglichkeit, ZeugInnen notfalls mit Hilfe von "Erzwin-



Mobilisierung in Recklinghausen für die Demonstration am 11. Februar in Essen für die Abschaffung des Paragraphen 129a

gungshaft" zum Reden zu bringen, gesetzlich seit langem abgesichert. Angewandt wurde sie in der Vergangenheit allerdings nur in seltenen Ausnahmefällen und eng umrissenen Situationen. Im Stadium reiner Beschuldigungen und Ermittlungen, gegen mehr als ein halbes Dutzend ZeugInnen gleichzeitig und mit der Option, die Höchstdauer von sechs Monaten auszuschöpfen, ist die Beantragung von Beugehaft allerdings ein Novum.

Daß die Bundesanwaltschaft erstmalig zu diesem Zwangsmittel greift, erklärt sie in einem der Beugehaftanträge ganz ungeschminckt mit dem Umstand, daß - von ZeugInnenaussagen abgesehen - "im derzeitigen Stadium kaum noch andere Beweismittel" gegen den Beschuldigten erbracht werden können. Im Klartext heißt das: Die Ermittler nehmen ihre eigene Beweisnot zum Anlaß, um gewaltsam Informationen von ZeugInnen zu erpressen, die fehlendes Belastungsmaterial ersetzen sollen.

Jenen ZeugInnen, die dem Ermittlungsapparat weder bei der Auffüllung dürftiger Beweissituationen noch bei der Durchleuchtung persönlicher und politischer Zusammenhänge behilflich sein wollen, bleibt also die Zeugnisverweigerung als einziges Mittel. Die Staatsschutzorgane sehen dagegen mit der Aussageverweigerung keine Interessen verknüpft, "die vom Rechtsgedanken des 55 STPO", also einem Zeugnisverweigerungsrecht bei möglicher Selbstbelastung, geschützt sind.

Und dies ungeachtet der Tatsache, daß zwei Bochumer Frauen bereits von ZeugInnen zu Beschuldigten gemacht wurden. Sie sollen sich der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach 129a schuldig gemacht haben, da bei einer Durchsichtung ihrer Wohnung Flugblätter und Plakate gefunden wurden, die zu einer Diskussionsver-

anstaltung über die Frage einladen "Aussageverweigerung - Ja oder Nein?"

Wieso eine solche Auseinandersetzung einer "terroristischen Unterstützungshandlung" entsprechen soll, erklärt der zuständige Ermittlungsrichter: Wer die Bereitschaft zur Aussageverweigerung erweckt oder bestärkt, fördere das "Vertrauen von Vereinigungsmitgliedern" - gemeint sind Mitglieder der Revolutionären Zellen/Rote Zora - "auf eine breite solidarische Verschwiegenheit in der Szene". Dadurch würden sich diese "in ihrem organisatorischen Zusammenhang bestätigt und gesichert" fühlen sowie "zur Fortsetzung strafbaren Tuns" ermutigt.

Allein schon das Nachdenken über Themen wie Gentechnologie oder Asylpolitik werden als Unterstützung von Revolutionären Zellen oder Roten Zora angesehen, da diese Anschläge gegen Institutionen verüben, die in diesem Bereich tätig sind.

So wurde auf ein Lufthansa-Büro in Düsseldorf ein Anschlag verübt. Es sollte darauf aufmerksam gemacht werden, wie die Lufthansa die Abschiebung von Asylanten unterstützt. Bei diesem Anschlag soll ein Wecker als Zeitzünder benutzt worden sein, deren Käuferin, Ingrid Strobl, seit Mitte Februar der Prozeß gemacht wird. Die Journalistin sitzt seit der Großrazzia im Dezember 1987 in Untersuchungshaft. In dieser Zeit versuchte die Staatsanwaltschaft ihr Umfeld in der oben beschriebenen Weise auszuleuchten, da keine Beweise für eine Straftat vorliegen. Daß Ingrid Strobl sich seit Jahren intensiv kritisch mit der Genforschung auseinandersetzt, ist natürlich reiner Zufall.

Ingrid Strobl bestreitet den Weckerkauf keineswegs. In der Broschüre



"Clockwork" Nr. 1 schreibt sie:

"Der einzige konkrete Vorwurf, den die BAW (Bundesanwaltschaft) in der ganzen umfangreichen Anklageschrift gegen mich erheben kann, der einzige konkrete Vorwurf, der tatsächlich aus 13 üppigen Ermittlungs-Aktenordnern hervorgeht, ist der Kauf dieses ominösen Weckers. Ich werde auch jetzt die Person, für die ich diesen Wecker gekauft habe, nicht nennen. Ich will aber, um die ins Kraut schießenden Spekulationen auf ihr reales Maß zurückbringen, sagen, was es mit dem Kauf dieses Weckers auf sich hatte.

Kurz vor dem 11. September 1986 rief mich ein alter Bekannter an, der nicht in Köln lebt und den ich im folgenden als X bezeichnen will. X bat mich, einen bestimmten Wecker zu kaufen, den er als Ge-

schenk für einen Freund bräuchte. Er erklärte mir die besonderen Vorteile dieses Gerätes, es sei zum Beispiel der kleinste und handlichste Reisewecker, den es derzeit auf dem Markt gibt, und trotzdem laut genug, um davon auch wirklich geweckt zu werden, der Wecker habe aber einen entscheidenden Nachteil: Er sei sehr schwer zu bekommen, da wo X wohnt, überhaupt nicht, dafür aber bei Wempe, wie er erfahren habe, einem Uhrenfachgeschäft in Köln."

Auf einer Demonstration am 11.3. forderten 10.000 Menschen die Abschaffung des Gesinnungsparagraphen und erklärten ihre Solidarität mit Ingrid Strobl. Der Demonstrationzug

durch Essen zum Knast, in dem Ingrid Strobl einsitzt, wurde von Polizeikräften engstens begleitet. Die angebliche Gewalttätigkeit der Demonstranten bestand im Anzünden von Knallern. Durch den Einsatz von Schlagstöcken seitens der Polizei wurden 28 Demonstranten, teilweise schwer verletzt.

Kontaktadresse:

Anti-Beugehaft-Gruppe
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
4630 Bochum

Spendenkonto:

Atombüro, Stichwort: ZeugInnen
Konto 142 147 032 bei der Stadtsparkasse Bochum (BLZ 430 500 01).

129a - Die Wunderwaffe

Der Paragraph 129a des Strafgesetzbuches ist in der Öffentlichkeit noch ein unbekanntes Ding im Paragraphen-Dschungel. Im Zusammenhang mit dem begonnenen Prozeß gegen Ingrid Strobl, führte die Recklinghäuser Anti-Beugehaft-Gruppe eine Informationsveranstaltung durch. Dort wurde am 7. Februar im Haus des Deutsch-Türkischen Vereins ein Vortrag über diesen Paragraphen gehalten, der im Folgenden abgedruckt ist.

des deutschen Rechts

Bei dem Paragraphen 129a geht es laut Strafgesetzbuch um die Verfolgung sogenannter terroristischer Vereinigungen. Dies sind Vereinigungen, die bestimmte Straftaten begehen wollen. Bestraft mit bis zu zehn Jahren Knast wird, wer eine solche Vereinigung gründet oder in ihr Mitglied ist, mit bis zu fünf Jahren, wer für sie wirbt oder unterstützt. Praktisch sieht es so aus, daß die Zugehörigkeit zu solch einer Vereinigung sich über die politische Gesinnung bestimmt.

Damit stellt sich dieser Paragraph in eine über 100 Jahre alte Tradition. Es gibt ihn in ähnlicher Form seit 1871; verfolgt wurden mit ihm zum Beispiel Sozialisten Ende des 19. Jahr hunderts wie auch die KPD in den 20 er und 50er Jahren in diesem Jahrhun dert.

Nun ist es im Alleinherrschaftsan-

spruch dieses Staates begründet, daß er Menschen bekämpft, die ihn grundsätzlich in Frage stellen. Er zielt darauf ab, Widerstand und Diskussion zu verhindern, wodurch Grundsätze des Staates in Frage gestellt werden.

Nun mußte ein Mittel gefunden werden, dies zu erreichen und dennoch einen demokratischen Schein zu wahren. Der 129a bietet die Möglichkeit dafür.

Die "Terroristen"-Hetze

Voraussetzung hierfür war eine intensive Hetze gegen linksradikale Gruppen, allen voran gegen die Bewegung 2. Juni und die RAF in den 70er Jahren. Diese Gruppen wurden mit dem Begriff "Terroristen" belegt. Die Medien leisteten dabei die Drecksarbeit für den Staatsschutz. "Bild" titulierte damals: "So sieht es aus, morgen kann es SIE treffen, am Wohnzimmerisch oder beim Morgenessen."

Durch diese Terrorismuskampagne sollten die Gruppen in die Isolation getrieben werden, um eine Auseinandersetzung mit ihrer Politik zu verhindern. Bleiben sollte ein Bild von einem Haufen Schießwütiger und Bombenlegern.

Mittlerweile hat sich dieses Bild so in die Köpfe der Menschen eingegraben, daß es ihnen reicht, politischen Widerstand als terroristisch zu bezeichnen, um einen gigantischen Verfolgungs- und Repressionsapparat in Bewegung zu setzen.

Das Gesamtkonstrukt RAF und ähnliche Wunder

Zunächst fiel es also nicht schwer, die RAF und die Rote Zora/Rote Zellen, also Gruppen die sich den praktischen Angriff dieses Staates auf die Fahnen geschrieben haben, als terroristische Vereinigung zu verfolgen. Aber auch darüber hinaus diffamierte

der Staatsschutz immer neue Gruppen als "eigenständige" terroristische Vereinigung, so Hausbesetzgruppen, Bürgerinitiativen aus der Anti-Atom-Bewegung. Dafür wurde der Paragraph 1986 sogar noch verschärft.

Das Hauptanliegen der Bundesanwaltschaft ist es nun, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den "terroristischen Vereinigungen" und den zu verfolgenden Leuten. Dazu bedient sie sich wilder Konstrukte: So wird behauptet, die RAF sei eine hierarchisch gegliederte Organisation, die eine "Kommandoebene" habe, die sogar aus den Isolationstrakten der Knäste heraus Befehle erteile. Diese gingen an die "kämpfenden Einheiten", an "illegale Militante" und den sogenannten "legalen Arm" der RAF.

Diesem "Arm" werden dann alle zugerechnet, die sich zum Beispiel mit der Haftsituation der politischen Gefangenen auseinandersetzen. Sie behaupten auch, daß Gruppen, die sich mit bestimmten Themen wie Muni-

tionstransporte oder Anti-Nato-Politik auseinandersetzen, dies auf Befehl der "Kommandoebene" tun. Aber auch die Organisation von Veranstaltungen zu solchen Themen oder der Abdruck von Erklärungen und Diskussionspapieren fällt damit in den Wirkungsbereich dieses Gesinnungsparagraphen.

"Anschlagsrelevante" Themen

Für die Rote Zora oder die Revolutionären Zellen gilt ähnliches. So werden revolutionärer Frauenwiderstand und Autonome quasi zu legalen Armen erklärt. Auch wird versucht, die inhaltliche Auseinandersetzung mit einigen Themen zu kriminalisieren. Um festzulegen, welche Inhalte denn nun eigentlich terroristisch sind,

Raritäten aus

Tom's Plattentruhe

z.B.:

Bobby Brown, The enlightening beam of Axonda, 25,50 DM

Mc Coys, Human Ball, 25,50 DM

Frank Zappa, Mother's Day (21p) 32,- DM

Clash, Speedway (Live Florenz/Italy), 22,- DM

Cure, The head on the door (Live 1985) (21p), 32,- DM

Herman Hermits, Blaze, 15,- DM

**Komplette Liste mit mehreren hundert Platten gegen
2,- DM in Briefmarken bei
Tom Klatt, Münsterstr.5, 4350 Recklinghausen**

Anzeige

hat der Staatsschutz ein neues Wort geprägt, eben das der "anschlagsrelevanten Themen".

Ein Thema ist "anschlagsrelevant", wenn es Anschläge oder Angriffe auf Firmen und Einrichtungen gegeben hat. Ein Beispiel: Ein paar kaputte Scheiben bei der Lufthansa (oder auch bei Neckermann) als Beispiel für direkte Nutznießer aus dem Sextourismus, wären Sachbeschädigung. Wären - gäbe es kein politisches Motiv und keine Erklärung. Dann heißt das Ganze nämlich terroristisch.

Die Aufzählung dieser ganzen Konstruktionen macht die Lächerlichkeit dieser Taktik ziemlich deutlich.

Impressum

ZETT - Recklinghausen (vormals "Holzwurm")
(Postanschrift) c/o Attatroll Buchladen,
Herner Str. 16 4350 Recklinghausen

Herausgeber: "Ziegelbrenner" Verlagsges. mbH, Recklinghausen

Satz und Druck: Institut für Medien und Kommunikation, Bochum

Verantwortlich für diese Ausgabe: Erich Behrendt

Erscheinen: monatlich

Einzelpreis: DM 1,00

Abonnement: DM 18 oder mehr für 12 Ausgaben

Überweisungen gelten als Bestellung, daher bitte deutlich lesbar Name und Anschrift angeben. Überweisungen und Einzahlungen vorläufig an: R. Kropla/Zett, Konto 100 187 848 bei der Stadtsparkasse Recklinghausen (BLZ 426 500 30).

Es gilt die Anzeigenpreisliste I/89.

ISSN 0176-8174

Diese Ausgabe hat die Hefnummer 132, 14. Jahrgang, März 1989.

Auflage: 8.000

ZETT ist eine unabhängige Lokalzeitschrift in Recklinghausen. Alle genannten und ungenannten Personen arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich, sie sind über die Redaktionsadresse erreichbar. Entscheidungen treffen ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen.

Dennoch sind die staatlichen Organe darauf angewiesen, politischen Widerstand auf die Ebene von hierarchischen Organisationen zu reduzieren. Einerseits weil es ihnen die Kriminalisierung erleichtert und andererseits, weil sie nicht zugeben dürfen, daß inzwischen viele Menschen selbstbestimmt Politik machen und sich von niemandem vorschreiben lassen (schon gar nicht vom Staat), was sie diskutieren und wie sie handeln.

Die praktischen Anwendungsbereiche des 129a

In Prozessen.

Dort hat er zunächst die vorrangige Funktion, Leute bestrafen zu können; unter Umständen sogar solche, gegen die keine "Beweise" vorliegen, irgendeine strafbare Handlung begangen zu haben. Eine Gesinnung ist da schon einfacher nachzuweisen, weil kaum ein Mensch seine Weltanschauung völlig verheimlicht.

Möglichkeiten für Polizei und Staatsschutz.

Der 129a erlaubt Polizei und Staatsschutz, völlig unkontrolliert herumzuzschnüffeln, abzuspeichern und zu verdaten. So können sie Telefone abhören, Wohnungen auch ohne Durchsuchungsbeschluß durchsuchen, ja sogar Haftbefehle ohne Haftgrund ausstellen.

...

Ein weiterer Punkt sind die Sonderhaftbedingungen, die der 129a ermöglicht. Gefangene (auch in Untersuchungshaft) können einzeln isoliert werden und der "Kontaktsperre" unterworfen werden. Diese Form, der ISO(lierungs)-Haft ist nichts anderes als Folter, die den Willen der Gefangenen brechen soll. Dies wird immer

wieder von amnesty international angeprangert und der Kampf dagegen ist auch das Ziel des jetzt laufenden Hungerstreiks.

Die Prävention.

Es sollen also vermeintliche Straftaten schon im Vorfeld verhindert werden. Konkret heißt das auch, Veranstaltungen zu verbieten, wo nicht kontrolliert kann, was dort diskutiert wird, wie z.B. die Bundeskonferenz der Anti-Atom-Bewegung 1986 in Regensburg. Oder die Veranstaltung in München, bei der alle Teilnehmer überfallen und festgenommen wurden, und die Saalanmieterin zu zehn Monaten Knast verurteilt wurde - wobei die Veranstaltung nichtmal stattgefunden hatte.

Verhindert werden sollen Diskussionen und Aktionen mit revolutionärem, antistaatlichen und antipatriarchalem Inhalt. Das ist auch das eigentliche Ziel dieser Paragraphen. Die Schere im Kopf der Leute anzusetzen, damit sie sich aus Angst vor der Repression nicht mehr aus ihren Löchern trauen. Der Widerstand soll gespalten, isoliert und letztlich zerschlagen werden.

Doch ihr Konzept wird nicht greifen: Wenn wir uns nicht spalten lassen, sondern uns solidarisieren, wenn wir uns nicht voneinander distanzieren, sondern an einer kritischen Auseinandersetzung arbeiten, wenn wir Widerstandsperspektiven aufbauen und wenn wir jegliche Zusammenarbeit mit Justiz und Staatsschutz verweigern.

Das Ekel von Datteln

Die Kanalstadt Datteln ist zum Teil Schauplatz des Politthrillers "Das Ekel von Datteln". Die Vermischung von Tatsachen und lebenden Personen mit frei Erfundenem veranlaßten den Verlag zu der Vorbemerkung: "Handlung und Personen des Romans sind frei erfunden, die Schauplätze willkürlich gewählt. Leser, die anderes vermuten, täuschen sich. Datteln ist überall." Wenn der Verlag endlich nachgedruckt hat, ist das Buch von Reinhard Junge und Leo P. Ard (Weltkreis Verlag) für DM 9,80 im Handel wieder erhältlich.

Die erste Begegnung mit Roggenkemper

Susanne stand, ein Sektglas in der Hand, bei einem ranken Oberleutnant und lauschte einem Anekdoten aus dem Landerleben. Vor ihnen, in grauem Sommeranzug und Schuhen mit überhöhtem Absatz, ein Mensch von höchstens einsfüfundsechzig. Mit Hornbrille, Bürstenschnitt und sorgfältig gestutzter Seemannskrause sah er aus wie die Reklamefigur für einen Rumverschnitt. Die Annäherung zwischen Truppe und Zivilbevölkerung, die sich vor seinen Augen zu vollziehen schien, betrachtete er mit dem Wohlwollen eines professionellen Heiratsvermittlers.

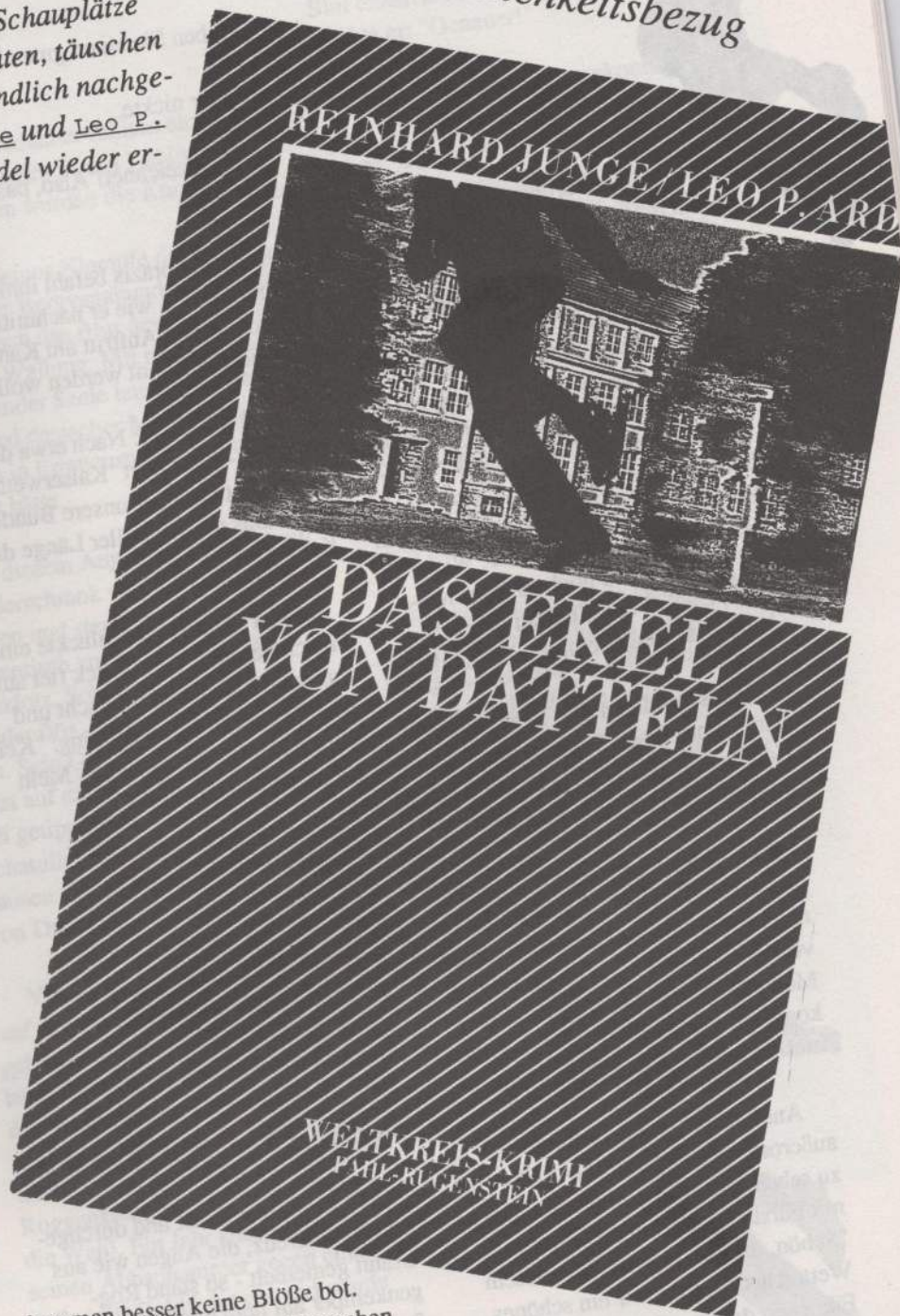
Das war Roggenkemper. Und Roggenkemper war der Chef von Datteln.

Der Mensch war über sechzig, wirkte zwei Wahlperioden jünger und war aktiv wie ein Vierziger.

Neben dem Dattelner Stadtparlament kommandierte er in Recklinghausen die Kreistagsfraktion und den Unterbezirk seiner Partei. In Münster bereite er die wichtigsten Entscheidungen im Landschaftsverband Ruhr-Lippe vor, und im Düsseldorfer Landtag galt er als gewitzter Redner,

dem man besser keine Blöße bot. Außerdem kämpfte er im Deutschen Städtetag und in zwei Aufsichtsräten. Sein Draht zur Welt war eine auf Le-

Buch mit Wirklichkeitsbezug



benszeit zugesicherte Kolumne in einer Gewerkschaftszeitung, deren hundert Zeilen er regelmäßig um mindestens die Hälfte überzog.

Diese geballte Ladung an politi-



scher Verantwortung zwang Roggenkemper, seine Basisarbeit auf das Allernotwendigste zu beschränken. Er war nur noch Vorsitzender des Turnvereins Teutonia, Präsident der Gesellschaft der Freunde des Datteln-Hamm-Kanals, Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr, Ehrenoberst der Horneburger Prinzengarde, Tambourmajor im Fanfarenzug der Berginvaliden und Reservehauptmann der Deutschen Bundeswehr. Wie er es bei diesem Streß noch zu zwei Kindern, Dackel und Ehefrau gebracht hatte, war Mager einfach schleierhaft.

"Entschuldigen Sie, Herr Oberleutnant", unterbrach Susanne den Redefluß ihres Kavaliere. "Darf ich Ihnen meinen Kameramann vorstellen?"

Der Dicke nickte dem Offizier zu und murmelte etwas, das man mit einigem Wohlwollen auch als Artigkeit verstehen konnte. Seit den achtzehn Monaten bei den Panzergrenadieren konnte er den Anblick solcher Silbermützen nur noch besoffen ertragen.

Auch Roggenkemper freute sich außerordentlich, den PEGASUS-Vize zu sehen. Er drückte Mager ein Glas mit Fürstensprudel in die Hand: "Schön, daß Sie da sind. Bei diesem Wetterchen werden wir ein schönes Filmchen drehen..."

Seine kräftige Stimme beeindruckte Mager kaum weniger als das Aussehen: Dem Löwen von Metro Goldwyn Mayer wären vor Neid die Schwanzhaare ausgefallen.

Roggenkemper zog Mager zur Seite.

"Haben Sie einen guten Zoom?"

Mager nickte.

"Ausgezeichnet! Also, passen Sie auf..."

Kurz und präzis befahl ihm der Bürgermeister, wie er nachmittags bei seinem großen Auftritt am Kanal auf das Video gebannt werden wollte.

"Und noch was: Nach etwa drei Minuten - Stichwort 'Kaiserwetter' - sage ich etwas über unsere Bundeswehr. Das muß in voller Länge drauf. Kapiert?"

Mager nickte und schluckte einen Frosch herunter. Sein Blick fiel auf Susanne. Sie zwinkerte leicht und wandte sich an den Häuptling: "Keine Sorge, Herr Roggenkemper. Mein Kameramann ist ein As."

Dattelner Kanalfest - Der Wurf

Mit gewölbter Brust und durchgedrücktem Kreuz, die Augen wie aus Granit gemeißelt - so stand Roggenkemper auf dem quadratischen Sockel des Fahnenmasts, flankiert von einer alten Schiffsschraube und einem

ausgedienten Anker.

Es war einer seiner Lieblingsplätze und der rechte Ort, einen symbolischen Händedruck mit dem Häuptling seiner Patenkinder, der Flußpioniere vom Rhein, zu wechseln: Schräg hinter sich wußte er seinen Minensucher, vor sich sah er den vom Kaiser eingeweihten Kanal, und über ihm wehten die Fahne der Bundesrepublik Deutschland und das Banner des Dattelner Schiffer-Vereins. Schön war das!

Die Bundeswehr ist ungeheuer. Erstens Scheiße, zweitens teuer!

Der Bürgermeister zuckte, als hätte ihn ein Stromstoß getroffen. Seine Augen flackerten auf und irrten am Ufer entlang, um die Ketzer aufzuspielen. Knapp fünfzig Leute mochten es sein: Schüler, Eltern mit Kindern, Rentner. Die übrigen zweitausend blieben stumm. Einige beifällig nickend, andere blieben skeptisch, viele waren aufgebracht: Diese Linken wollten ihnen ein Vergnügen versauen.

Zwei riesige Transparente gingen hoch: Jesus, der über seinem Knie ein G3 zerbrach, und jene Saurier, die ausgestorben sind, weil sie zuviel Panzer und zuwenig Gehirn gehabt hatten.

...

Zwei Minuten später rückte Bereitschaftspolizei an. Die Beamten bildeten eine Kette und drängten die Gruppe vom Ufer weg. Schritt um Schritt wichen die Demonstranten zurück. Einige ließen sich zu Boden sinken, behutsam griffen die Polizisten zu und trugen sie davon. Noch konnte alles friedlich enden.

In diesem Augenblick rührten sich die Punks. Sie sprangen auf und rannten los. Ein kräftiger Bursche in

verschossenem Muscle-Shirt holte aus und schickte einen Gegenstand auf eine Flugreise. Das Geschoß war handlich, seine Hülle bestand aus Plastikfolie, der Inhalt aus einer leuchtend roten Suppe. In nahezu idealem Bogen überwand der Farbbeutel die Versammlung braver Bürger und klatschte vor die Füße des Bürgermeisters. Beim Aufprall zerplatzte er, und die Brühe spritzte umher. Roggenkemper's Hemd und Hose bekamen am meisten ab.

Die Wirkung der Attacke war enorm.

Die Betroffenen schrien auf und brachten die Menge hinter sich in Unordnung. Roggenkemper starrte ungläubig auf die blutroten Flecken auf seinem Hemd und fuchtelte mit den Armen. Der Polizeikommissar brüllte Befehle, die im Lärm untergingen.

Der Bulle

Sonnenbrille wußte, wonach deutsche Herzen dürsten. Er spulte das ganze Repertoire herunter, dem WDR IV seine Existenz verdankt, und das Publikum schluchzte in Dankbarkeit

mit. Harte Männer fühlten ein unbekanntes Zittern in den Kehlen, und den Frauen wurden die Knie weich.

Als Heinos Klampfe die ersten Takte der Bergvagabunden intonierte, geriet auch das Blut des Bürgermeisters in Wallung. Mit nasser Pupille und wunder Seele lauschte er dem Hohelied deutscher Männertreue und zerfloß in Erinnerungen, die er gern gehabt hätte.

In diesem Augenblick pflügte ein Kleiderschrank von Kerl durch die Reihen und steuerte auf den Prominententisch zu: Ein Schädel wie ein Hauklotz, Schultern breit wie ein Kohlenflöz, Hände wie Pannschüppen. Sein Gesicht glühte, so daß jeder Arzt auf die Sekunde vor dem Herzanfall getippt hätte. Der Mann hieß Schatulle und war im Kreis Recklinghausen fast so bekannt wie der Fürst von Datteln.

Vor 18 Jahren hatte der Bulle noch auf der Zeche Emscher-Lippe Kohle gebrochen. Dann wurde im Stadtverband ihrer Partei über den Nachfolger des verstorbenen Bürgermeisters abgestimmt: Der Hauer brachte seinen Ortsverein geschlossen auf die Seite Roggenkemper's. Damit entschied er die Wahl. Ein Jahr später tauschte er seinen Abbauhämmer gegen einen Füller mit Goldfeder ein und wurde Landrat...

"Gerd", brüllte der Bulle mitten in

den Schlußapplaus und wuchtete seine Tatze auf die Schulter des Bürgermeisters. "Der Krawall am Kanal war schon im Fernsehen..."

Es war, als hätte man einen schlafenden Köter mit Eiswasser übergossen. Roggenkemper fuhr hoch, das Blut erstarrte ihm in den Adern. Dann zischte er: "Genauer!"

"Mein Sohn ist gerade gekommen. Kurz vor acht war die Sache im Fernsehen. Drittes Programm. Die haben ausführlich gezeigt, was heute am Kanal passiert ist. Dich hatten sie in der Mangel, weil du Erich den Einsatzbefehl gegeben hättest. Unglaublicher Skandal, Verstoß gegen das Polizeigesetz - der übliche Stuß..."

"Danke, Jupp! Setz dich wieder hin. Ich kläre das gleich..."

Schatulla verzog sich zögernd, noch immer zornrot im Gesicht.

Roggenkemper setzte sich, nippte scheinbar gleichgültig an seinem Sektglas und richtete seine Augen wieder auf die Bühne.

Beatrix Puth beugte sich über den Tisch und sah den Bürgermeister forschend an: "Ärger?"

"Ach was, Latrinenparolen..."



Kultursplitter

Am 4. März im Fritz-Husemann-Haus: Shamrock



Kultursplitter

Neue Kulturinitiative im Kreis

Eine längst überfällige Kulturinitiative wurde im Oktober letzten Jahres gegründet: Sie heißt RECK! Nach Uwe Kuhlemann, Mitgründer der Initiative, wolle man, "daß im kulturellen Bereich wieder neue Akzente gesetzt werden, denn von der Stadt komme ja keine vernünftige Konzeption rüber." Noch wirken im geheimen 15 Mitglieder mit. Darüber hinaus ist der derzeitige Kulturdezernent dem Projekt wohlgesonnen. Unter anderem deswegen, weil er schon gute Erfahrungen mit solchen unabhängigen Initiativen in Bremen machte.

Am 4. März präsentiert sich die Initiative der Öffentlichkeit. So wird eine Rock-, Folk-, Blues- und Oldie-Nacht im Fritz Husemann-Haus stattfinden.

Die Veranstaltung in Hochlarmark beginnt für die kleinsten Zuschauer mit dem Kindertheater "Zack und Co", für die älteren stehen rhythmische Gymnastik der SpVgg Blau Weiß Post und Folklore der Tanzgruppe Westfalia auf dem Programm, bevor Shamrock und String Folkmusik präsentieren und Blues mit Matthias Fechner, Arrested Decay und Blues Timing, erklingen. Oldie-Time gibt es mit Peter and His Dandys und Kabarett mit der Trabbeltruppe, die auch die Moderation zwischen den einzelnen Auftritten übernimmt.

Sinn und Zweck dieser Veranstaltung soll sein, einen Fördertopf zu füllen, aus dem noch junge Gruppen unterstützt werden können. Mit fünf Mark ist der Eintrittspreis sehr niedrig gehalten.

Karten für die Veranstaltung gibt es ab sofort bei den auftretenden Gruppen oder im Städtischen Reisebüro. Leider wird nicht an anderen üblichen Vorverkaufsstellen verkauft!

Ruhrfestspiele

Ab sofort können Karten für die Ruhrfestspiele angefordert werden (Kartenstelle Festspielhaus, Otto-Burmeister-Allee 1, 4350 Recklinghausen). Die Veranstaltungen beginnen nach dem Kulturvolksfest am 1. Mai mit der Premiere "Der Auftrag" am 4. Mai. Weiter sind zu sehen und zu hören:

- 8. Mai Max von der Grün
- 10. Mai Maskentheater Garuda
- 11. Mai Im Namen der Freiheit

und viele weitere Inszenierungen.

Vom 14. April bis zum 1. Mai gastiert der Zirkus RONCALLI auf dem Konrad-Adenauer-Platz. Die näheren Informationen können ebenfalls an der obigen Adresse angefordert werden.

Tochter Brechts in
Recklinghausen

Über Hanne Hiob

Tochter Bertolt Brechts und Marianne Zoffs, Jahrgang 1923. Hanne Hiob machte sich als Schauspielerin einen Namen. Sie spielte u.a. die Titelrolle in der Uraufführung 1959 der "Heiligen Johanna der Schlachthöfe" von Brecht, wirkte bei den Uraufführungen der Dürrenmatt-Stücke "Die Physiker" und "Besuch der alten Dame" mit.

Therese Giehse, mit der Hanne Hiob eng befreundet war, übte einen großen Einfluß auf sie aus. Von ihr übernahm sie die große Kunst der scheinbar einfachen, ganz auf den Text konzentrierten Lesungen: "Keine große Behauptung, kein hochfahrendes Deklamieren und Rezitieren, eher ein geduldiges Nachlesen, ein öffentliches, leise insistierendes Ergründen der Texte" (Theater heute 4/83).

1979 unterbrach Hanne Hiob ihre erfolgreiche

Schauspielerkarriere und widmete sich der Erarbeitung von Brecht-Programmen. Gegenwärtig arbeitet sie an der Verfilmung einer Brecht-Erzählung in der DDR.

Mit der Lesung von Briefen aus der Sammlung "Erkämpft das Menschenrecht" will Hanne Hiob einen Beitrag zum Antifaschismus leisten. Insbesondere Jugendliche sollen davon angesprochen werden. Im Jahre 1989 will Hanne Hiob den Abend besonders in Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des II. Weltkrieges sehen, den die deutschen Faschisten auslösten.

Am 17. März wird Hanne Hiob in Recklinghausen lesen. Bis Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, wo

und um wieviel Uhr die Veranstaltung stattfindet. Diese Termine bitte aus der Tagespresse entnehmen!

Rocktheater Nachtschicht rummst in Haltern

Am Abend fängt die Nachtschicht an. Fürs Old Daddy in Haltern am 19. März schon um 20.00 Uhr. Denn angesagt in einem Live-Top-Act ist das formidable Rocktheater Nachtschicht. Eine kleine Kostprobe sei an dieser Stelle schon gegeben:

"Es ist doch offensichtlich alles immer durcheinander. Die NATUR zum Beispiel SPINNT völlig. Dauern diese milden Winter und dann der Wind - vor allen Dingen in Calgary.

Jetzt sind ja auch Überschwemmungen sehr modern und Killeralgen

und Erdbeben.

Jawohl ERDRUTSCHE! Der Mensch steht als Ochse vor dem Berg und hasdunichtgesehen ist er auch schon weg, der Berg.

RUMMS

Was uns jetzt mal interessiert: Wer bezahlt eigentlich jedes Jahr die neuen Skilifte? Die Versicherung machen es sich da ja meistens sehr einfach...

Vom Sommer wollen wir gar nicht erst reden. Der spricht ja wohl für sich selbst. Man ist doch schon froh über jedes Ozonloch. Da wird man wenigstens auch bei Bewölkung braun. Die Krebsforschung macht übrigens eminente Fortschritte, immerhin...

Wenn sich also die Natur schon so blöde anstellt und nichts mehr auf die Reihe kriegt, wie sollte dann der Mensch...?

Was? Wie Bitte?"

Rocktheater Nachtschicht am 19. März im Old Daddy in Marl. Kein Geheimtip!

Rocktheater Nachtschicht



Kultursplitter

Fortsetzung "Jochen, Jochen..."

In der Tagespresse ist die anonyme Anzeige gegen Bürgermeister Jochen Welt wiederholt zitiert worden. Zur genaueren Information drucken wir den vollen Wortlaut der uns zugeleiteten Anzeige ab und weisen daraufhin, daß bislang keine der dort aufgestellten Behauptungen bewiesen werden konnte.

Affäre Welt



"Nur" 30.000 soll dieses Haus in Haltern-Sythen Welt gekostet haben

Hiermit wird Anzeige erstattet wegen des Verdachts auf Untreue im Amt und der Entgegennahme von Vorteilen, die - wenn sie zutreffen -

den Tatbestand der Korruption erfüllen

gegen

Herrn Jochen Welt
wohnhaft Esseler Straße 194 in 4350
Recklinghausen
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen
Verwaltungsleiter der Westfälischen Berg-
gewerkschaftskasse
Bochum (WBK)

Begründung:

Herr Welt soll über seine Verfügungsmittel, also aus Steuergeldern, Ausgaben abgerechnet haben, die sich nicht mit seinen Repräsentationspflichten als Bürger-

die Recklinghäuser Baufirma Feldmann einen Wintergarten erstellt bekommen und durch die Recklinghäuser Immobilienfirma Schomberg ein Ferienhaus in Haltern-Sythen, Rehweg 7, zuerst gemietet und dann erworben haben.

Ferner ist zu prüfen, ob gegen den Stadtdirektor der Stadt Recklinghausen, Herrn Peter Borggraefe, ein Verfahren wegen Verletzung der Dienstaufsichtspflicht einzuleiten ist. Dies betrifft nicht nur die angeblich unzulässige Ausgabe von Verfügungsmitteln, sondern auch die Fahrtenbücher für den Dienstwagen des Bürgermeisters, aus denen nicht hervorgehen soll, welche Strecken im einzelnen gefahren worden sind und welche - etwa Fahrten nach Haltern-Sythen - rein privater Natur sind. Außerdem soll der Bürgermeister Anfang 1988 in Gegenwart einiger seiner Mitarbeiter den Stadtdirektor aufgefordert haben, für ihn eine Telefonrechnung, die anlässlich eines Besuchs in Israel entstanden ist, abzurechnen und ihm das Geld dann auszuhändigen. Zur Begründung soll der Bürgermeister angeführt haben, laut Gemeindeordnung seien diese Kosten in der Aufwandsentschädigung bereits enthalten und die Erstattung ihm deshalb abgelehnt worden. Der Stadtdirektor soll diese Telefonrechnung ohne Widerrede entgegengenommen haben.

Auflistung der umstrittenen Verfügungsmittel

- 17.12.1987: Barausgabe bei einer Veranstaltung des Juso-Stadtverbandes in Höhe von 26,30 DM (Die Jungsozialisten sind eine Unterorganisation der SPD.)
- 22.01.1988: Gespräch mit der SPD-Fraktion im Ratskeller, Rechnung des "Ratskellers" über 56,- DM
- 02.02.1988: Arbeitsessen mit SPD-Ratsmitgliedern im "Ratskeller", 229,60 DM. (Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung von 509,- DM monatlich, der Bürgermeister das Sechsfache dieses Betrages.)
- 07.03.1988: Gespräch mit SPD-Ratsmitgliedern im "Ratskeller", 136,90 DM; Mittagessen mit Herrn Bönthe

(2. stellv. Bürgermeister, SPD) und Herrn Budschun (SPD-Fraktionsvorsitzender) im "Ratskeller", 29,-- DM;

Gespräche mit Ratsmitgliedern nach der Ratssitzung im "Ratskeller", 68,20 DM. (Solche Treffen nach Sitzungen sind üblich und haben keinen offiziellen Charakter.)

11.04.1988: Barausgabe von Frau Elwing im Auftrag des Bürgermeisters anlässlich eines Gesprächs zur Vorbereitung des Bürgermeisterfestes im Stadtteil Süd, 20,-- DM. (Frau Elwing ist städtische Verwaltungsangestellte und muß daher ihre Ausgaben persönlich abrechnen.)

20.04.1988: Bewirtung von Ratsmitgliedern im Haus des Bürgermeisters, 78,53 DM. (Wenn der Bürgermeister in sein Haus einlädt, erfolgt dies wohl nur auf privater Basis.)

29.04.1988: Gespräch mit Ratsmitgliedern im "Ratskeller", 127,-- DM.

02.05.1988: Gespräch mit Herrn Kasparek, 103,75 DM. (Herr Kasparek ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks, Herr Welt einer seiner Stellvertreter.)

02.05.1988: Blumen für die Hochzeit des Sohnes von Herrn Willi Kleimann, 30,-- DM. (Herr Kleimann ist der Fahrer des Bürgermeisters.)

13.05.1988: Taxikosten anlässlich eines Gesprächs mit Ratsmitgliedern, 12,-- DM.

15.05.1988:..Gespräch mit Ratsmitgliedern im "Ratskeller", 230,60 DM.

17.05.1988: Fleisch und Lebensmittel für Ratsmitglieder und Presse, 192,37 DM (Hier handelt es sich offenbar um eine erneute private Einladung in das Haus des Bürgermeisters.)

30.05.1988: Barausgabe anlässlich eines Termins in Bonn, 32,-- DM (An diesem Tag führte der SPD-Parteirat, dem Herr Welt angehört, eine

Sitzung durch.)

20.06.1988: Gespräche mit Ratsmitgliedern im "Ratskeller" am 03.06.1988, am 06.06.1988 und

am 14.06.1988, insgesamt 224,20 DM.

20.06.1988: Gespräche des Bürgermei-

OPUS 3

Dienstleistungen in Stadt- und Bauplanung GmbH

Fachbezogene Informationen sind unsere Stärke:

Bei der Suche nach Lösungen in fachlich schwierigen Themen, nach Experten oder Firmen

Bei Auswertungen von wissenschaftlichen Veröffentlichungen oder sonstiger Fachliteratur

Bei Fragen aus Architektur, Bauingenieurwesen, Stadt- und Raumplanung u.ä.

Wir nutzen alle verfügbaren Informationsquellen wie Bibliotheken, Archive, Verzeichnisse und Datenbanken.

Auch bürgernahe Themen sind uns bestens vertraut:

- Fußbodenheizungen unter physiologisch-medizinischen Aspekten (mit Veröffentlichungen, die Hersteller und Verlegefirmen von Fußbodenheizungen gerne zurückhalten)

- Fliesenverlegung auf Holzspanplatten (mit zahlreichen Veröffentlichungen über Konstruktionsanforderungen und Bauschäden)

- Mieter-"Schuld" an Schimmel- und Stockflecken in Wohnungen (mit Veröffentlichungen, die auch über die Schuld anderer reden)

Deshalb sind wir auch Teilnehmer an der Projektgruppe "Bürgerinformationszentrum".

Geschäftsführer:
Diethelm Thielemann
Dipl.-Ing. AkNW BDB VDI

Esseler Straße 182
D 4350 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 89 10 55

Anzeige

sters im "Ratskeller" mit der SPD-Betriebsgruppe der Stadtverwaltung, 273,- DM.

16.06.1988: Barausgabe anlässlich eines Umweltsymposiums in Heidelberg, 6,- DM (Nach Heidelberg soll der Bürgermeister mit dem Dienstwagen gefahren sein, ob-

wohl dieses Symposium eine Veranstaltung des Deutschen Wirtschaftsdienstes war und die Einladung angeblich nicht an die Stadt Recklinghausen, sondern an die WBK in Bochum erfolgte. Es wäre also auch zu prüfen, ob hier bei der WBK und bei der Stadt abgerechnet wurde.)

Wien gewillt und dort sein Rückflug-Ticket nach Düsseldorf in einen Flug nach Berlin umgetauscht haben und in Berlin so lange geblieben sein, bis die Delegation der Ruhrfestspiele eintraf, der er sich dann anschloß, um zu den Arbeiterfestspielen in Frankfurt/Oder (DDR) zu fahren. Angeblich soll auch hier bei der WBK (Übernachtung und Tagessätze) und bei der Stadt abgerechnet worden sein.

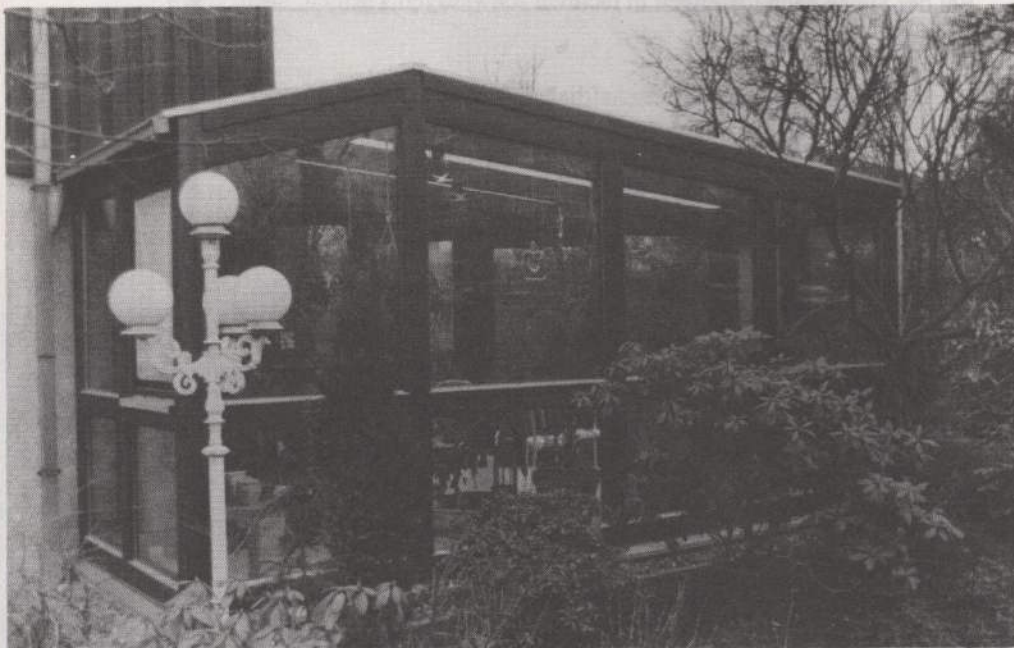
07.07.1988: Spende des Bürgermeisters für das Sommerfest der Jungsozialisten, 50,- DM.

07.07.1988: Essen mit Ratsmitgliedern im "Ratskeller". 97,- DM.

05.08.1988: Stallfete im Haus des Bürgermeisters, 76,12 DM; hier soll der Fahrer des Bürgermeisters in vier verschiedene Geschäfte geschickt worden sein, um Lebensmittel und andere Utensilien für die Stallfete zu besorgen.

12.10.1988: Krankenhausbesuch des erkrankten Ratsmitglieds Dunke, 2,89 DM.

21.10.1988: Krankenhausbesuch bei Frau Budschun, Frau des SPD-Fraktionsvorsitzenden, 2,89 DM.



Soll Welt auch "fast geschenkt" bekommen haben: Der Wintergarten an seinem Haus in Essel

Bau des Wintergartens

Der Kostenvoranschlag der Firma Feldmann soll über 48.000,- DM gelautet haben. Die Rechnung für den durchgeführten Bau habe dann nur 22.000,- DM betragen. Auf dieser Rechnung sollen handschriftlich nur drei Raten verzeichnet gewesen sein; die ersten beiden über mehr als 2.000,- DM, die dritte unter 2.000,- DM.

Kauf des Ferienhauses

Von der Firma Schomberg soll der Bürgermeister das Ferienhaus Rehweg 7 in Haltern-Sythen für nur monatlich 100,- DM gemietet haben. Mitte 1988 soll er das Haus für nur 30.000,- DM gekauft haben. ***



AKZENTA
FUTON - GALERIE

Nicht nur Futons

Turmstr. 2 / Munsterstr. 8 4350 Recklinghausen ☎ 02361 - 18 30 87

21.06.1988-

26.06.1988: Barausgaben des Bürgermeisters bei einer "Dienstreise" nach Berlin (21.06.1988 Essen 133,50 DM, 22.06.1988 Taxi 17,- DM und Taxi 6,- DM, 23.06.1988 Taxi 13,- DM und Besuch des Innovationszentrums 150,- DM, 26.06.1988 Stadtplan 11,60 DM.) Angeblich soll es sich hier um einen rein privaten Aufenthalt gehandelt haben. Der Bürgermeister soll zuvor auf Einladung der Stadtparkasse Recklinghausen in

(Fortsetzung: Weise (CDU): "Das Grundgesetz"

"Im Jahre 1988 kamen rund 200 000 Aussiedler aus der Sowjetunion, Ost- und Südosteuropa in die Bundesrepublik Deutschland. Die unerwartet große Zahl (1987 waren insgesamt "nur" 78 523 Aussiedler gekommen) führte zu erheblichen Problemen bei der Aufnahme und der

Aussiedler

Wohnraumversorgung. Diese Schwierigkeiten brachten das Problem "Aussiedler" in die Schlagzeilen und in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Tatsächlich ist dieses Problem aber nicht neu, sondern eine noch immer nachwirkende Folge des Zweiten Weltkrieges. Die Vorgeschichte reicht sogar noch wesentlich weiter zurück.

Vom Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert waren Deut-

sche in mehreren Siedlungsbewegungen, die unter der Bezeichnung "Deutsche Ostsiedlung" zusammengefaßt werden, in weite Gebiete Ost- und Südosteuropas gekommen. Dabei waren, teilweise durch Assimilierung vorhandener nichtdeutscher Vorbevölkerung, größere geschlossene deutsche Siedlungsräume entstanden, wie beispielsweise die ostdeutschen Gebiete Pommern, Schlesien, West- und Ostpreußen, aber auch in den Randgebieten von Böhmen (Sudetenland) in der heutigen Tschechoslowakei, in Siebenbürgen und dem Banat im heutigen Rumänien oder an der Wolga in der heutigen Sowjetunion.

Neben diesen größeren deutschen Sprach- und Siedlungsgebieten gab es aber in ganz Ostmittel- und Osteuropa, von der baltischen Ostseeküste bis an die jugoslawische Adria

und bis weit nach Sibirien hinein, eine große deutsche Streusiedlung. Es gab zu Beginn unseres Jahrhunderts kein Land Ost- und Südosteuropas, in welchem nicht eine größere oder kleinere Zahl deutscher Siedlungen und Sprachinseln bestand.

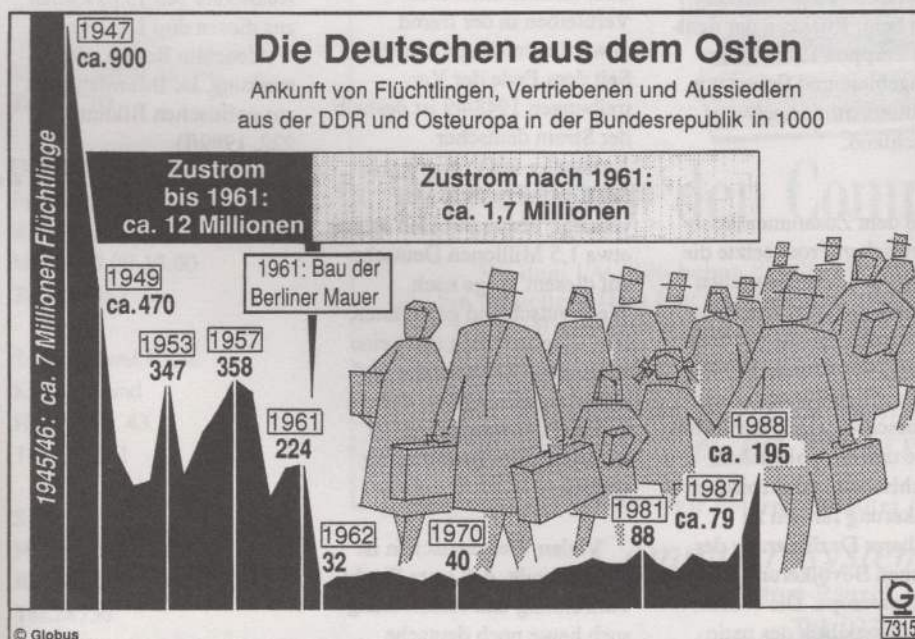
Das über Jahrhunderte im wesentlichen friedliche Zusammenleben verschiedener Nationalitäten in einem Land wurde seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch das Aufkommen nationalstaatlicher Ideen zunehmend erschwert. Als erstrebenswert wurde nun die Übereinstimmung von Staats- und Nationalitätengrenzen erachtet, was im Falle nationaler Minderheiten zum Versuch der Assimilierung bzw. zur Verdrängung dieser Minderheiten führte. Auch die nach dem Ersten Weltkrieg als Folge des Zusammenbruchs der drei Kaiserreiche

Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland neu entstehenden Staaten Ost- und Südosteuropas übernahmen diese nationalstaatlichen Gedanken und verfolgten eine entsprechende Politik.

Für die Deutschen in jenen Staaten, deren Vorfahren ursprünglich einmal als willkommene Arbeitskräfte und Kolonisatoren ins Land gerufen worden waren, bedeutete dies eine radikale Änderung ihrer Lebensbedingungen. Ein Teil konnte sich damit nicht abfinden, verließ seine bisherige Heimat und ging nach Deutschland.

In der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg wurde eine größere Zahl von Deutschen aus Ost- und Südosteuropa verdrängt. So gab es 1925 im Deutschen Reich 885 500 Deutsche, welche noch 1914 östlich der im Versailler Vertrag gezogenen neuen Reichsgrenzen gelebt hatten. Trotz dieser Schwächung blieben die deutschen Siedlungsgebiete Ost- und Südosteuropas aber noch weitgehend erhalten. Vor 1939 lebten in den deutschen Ostprovinzen Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern und Ostpreußen rund 9,5 Millionen Menschen, davon waren im Höchstfall eine halbe Million nicht als Deutsche anzusehen. Außerhalb der Reichsgrenzen lebten in Osteuropa weitere 8,6 Millionen Deutsche, nämlich rund

16 000 in Estland
62 000 in Lettland
45 000 in Litauen
80 000 im Memelgebiet
400 000 in der Freien Stadt Danzig
1 150 000 in Polen
3 480 000 in der Tschechoslowakei
600 000 in Ungarn
750 000 in Rumänien
550 000 in Jugoslawien
1 500 000 in der Sowjetunion



Anzeige



baukollektiv

Maurerleute, Zimmerleute
und ein Vagabund...

- ★ Altbau sanierung
- ★ Neu-, An- und Umbauten
- ★ Baubiologie

betrieb in selbstverwaltung
westcharweg 108
4350 recklinghausen
tel.: 02361-17942

also 8 633 000 insgesamt.

Im Zweiten Weltkrieg wurden zunächst in den Jahren 1939 bis 1941 durch Umsiedlungsverträge mit der Sowjetunion 389 000 Deutsche aus den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen sowie Bessarabien, der Nordbukowina und den vor 1939 ostpolnischen Gebieten Wolhynien und Ostgalizien in den deutschen Hoheitsbereich umgesiedelt. Sie kamen zum großen Teil in den sogenannten Reichsgau Wartheland, wo ihnen die Höfe und Wohnungen zuvor vertriebener Polen zugewiesen wurden. Weitere Umsiedlungsverträge mit Rumänien (1940), Kroatien (1942) und Bulgarien (1943) betrafen nochmals etwa 145 000 Deutsche.

Ein Teil der Deutschen in der Sowjetunion, nämlich 150 000 in Ostwolhynien, der Krim

und dem Kaukasus sowie 350 000 in der wolgadeutschen Republik, wurden nach dem deutschen Angriff 1941 nach Sibirien und Mittelasien zwangsumgesiedelt. 350 000 Schwarzmeerdeutsche verließen beim Rückzug der deutschen Truppen 1943/44 ihre Wohngebiete und flohen vor der Roten Armee nach Deutschland.

Mit dem Zusammenbruch der deutschen Front setzte die Massenflucht der Deutschen aus dem Osten ein. Die späte und schlecht organisierte Evakuierung, der strenge Winter, die Kampfhandlungen sowie die Ausschreitungen der Roten Armee und der polnischen, tschechischen und serbischen Bevölkerung führten zu furchtbarer Dezimierung der deutschen Bevölkerung in Ostmitteleuropa. Die brutale Besatzungspolitik des natio-

nalsozialistischen Deutschland in diesen Ländern während des Krieges fiel nun furchtbar auf die dortigen Deutschen zurück und äußerte sich in zahllosen Racheakten und Grausamkeiten. Obwohl persönlich zu meist schuldlos, wurde an ihnen Vergeltung für den Nazi-terror geübt.

Rechtlosigkeit, Enteignung und massenweise Vertreibung oder Deportation der Deutschen aus dem Osten dauerten bis etwa 1950 an. Für die Deutschen im Osten Europas bedeutete dies die Katastrophe. Von 17,5 Millionen im Jahre 1939 war ihre Zahl bis 1960 auf etwa 4 Millionen abgesunken.

Die geschlossenen Siedlungsgebiete waren bis auf Siebenbürgen und das Banat vernichtet, die übrigen Reste der deutschen Minderheiten lebten weitgehend enteignet, entrechtet und isoliert in der Zerstreuung. Die Möglichkeiten, ihre nationale Eigenart und ihre kulturellen Traditionen zu erhalten, waren nur noch gering oder gar nicht vorhanden. Deshalb zogen viele Deutsche das Verlassen ihrer alten Heimat dem Verbleiben in der fremd gewordenen Umgebung vor. Seit dem Ende der Vertreibungen 1948/49 ist deshalb der Strom deutscher Aussiedler aus Osteuropa in die Bundesrepublik nie versiegt. Insgesamt sind seither etwa 1,5 Millionen Deutsche auf diesem Wege nach Westdeutschland gekommen. Ihre Eingliederung stellt eine bedeutende Leistung dar und verlief so reibungslos, daß sie sich fast unbemerkt von der westdeutschen Bevölkerung vollzog.

Vielen Westdeutschen ist nicht bewußt, daß trotz Flucht, Vertreibung und Aussiedlung auch heute noch deutsche

Minderheiten in den Ländern Osteuropas existieren. Die *Rußlanddeutschen sind mit etwa 2 Millionen die größte Gruppe, an zweiter Stelle stehen die Deutschen im Gebiet der VR Polen, deren Zahl allerdings mangels offizieller Statistiken nur geschätzt werden kann. Die Schätzungen gehen dabei von 500 000 bis zu einer Million. In Rumänien leben in Siebenbürgen und dem Banat noch etwa 180 000 Deutsche, in Ungarn beträgt ihre Zahl nach eigenen Angaben etwa 200 000. Die Ungarndeutschen sind in nicht unerheblichem Maße madyarisiert und erfreuen sich gerade in jüngster Zeit wieder kultureller Förderung, weshalb bei ihnen der Wunsch nach Aussiedlung sehr gering ist. Auch aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien, die in den Jahren 1950 bis 1975 noch jeweils 11 % der Aussiedler stellten, kamen in den letzten Jahren nur noch sehr wenige Deutsche in die Bundesrepublik.

Dagegen liegen aus dem sowjetischen, polnischen und rumänischen Bereich noch Hunderttausende von Ausreisearbeitern vor. 97 % aller Aussiedler seit 1976 kamen aus diesen drei Ländern.

(Joachim Rogall, Vorbermerkung, in: Informationen zur politischen Bildung, H. 222, 1989/I)

Kontakte und Adressen

Parteien, Gewerkschaften

DGB, Deutscher
Gewerkschaftsbund,
Dorstener Str. 27a
Tel. 02361/21049

DGB, Kreisjugendausschuß
Tel. 02361/21040

IGBE, RE,
Hemer Str. 18
Tel. 02361/25091

IGM, RE
Dorstener Str. 27 a
Tel. 02361/22213

ÖTV, RE
Dorstener Str. 27 a
Tel. 02361/22225

CDU
RE, Castroper Str. 12
Tel. 42002

DKP
Büro
RE, Wiener Str.
Tel. 02361/31437

Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend
c/o Ralf Conrad
RE, Dorstener Str. 82
Tel. 57209

DIE GRÜNEN
Fraktion, Rathaus
RE, Zimmer 117
Mo.-Fr. 9.00-13.00
Tel. 587462

Stadtverband RE u.
Kreisverband
Hemer Str. 43
Tel. 181241

SPD
Herbert-Wehner-Haus
RE, Paulusstr. 45
Tel. 24750

Jungsozialisten
RE, Paulusstr. 45
Tel. 29329

MLPD
c/o Christoph Klug
RE, Schützenstr. 16
Tel. 182772

Jugend

Altstadtschmiede/Soziokulturelles Zentrum
RE, Kellerstr. 10
Tel. 21212

"Heinrich-Pardon-Haus"
RE, Wichernstr. 4
Tel. 44666

Jugendzentrum "Karlstraße"
RE, Karlstr. 21
Tel. 72508

Jugendzentrum "Südpol"
RE, Marienstr. 2
Tel. 36209

Beratung/Selbsthilfe

AIDS-Beratung
RE, Kreisgesundheitsamt
Zi. 4/131 und 4/138
Tel. 534131 und 534138

AVA
Allgemeine Vereinigung
Arbeitssuchender
c/o Altstadtschmiede
Tel. 21212 oder 16224
Mo.-Fr. 10.00-14.00 Treff und
Beratung

Arbeitslosenzentrum Süd
RE, Sauerbruchstr.
Tel. 61115
Mo.-Fr. 9.00-17.00 Beratung

Drogenberatung (DROB)
RE, Hochlarmarkstr. 72
Tel. 36022

Mieterverein
für RE und Kreis
Castroper Str. 13
Tel. 498911

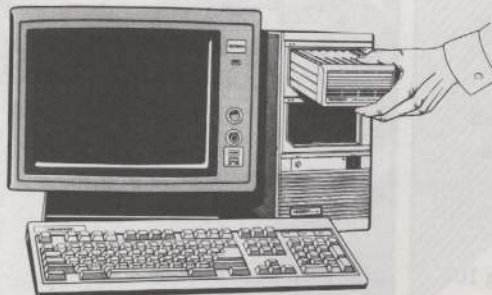
Pro-Familia
Beratungsstelle
RE, Springstr. 11
Tel. 26701

Verbraucherberatung
RE, Breite Str. 11
Tel. 24101

Frauen

Autonome Frauengruppe
c/o Frauenzentrum RE
Haltener Str.

Tandon



Wir haben den Computer des Jahres.

Mit dem PAC 286 haben Sie für alle Zukunft soviel Speicherkapazität,
wie Sie brauchen: Data Pac für Data Pac. • 80286-Prozessor • 6/8 MHz oder 8/10 MHz
• 1 MB RAM Hauptspeicher • 2 Data Pac Einschübe • ein 1,2-MB-Floppy-Laufwerk
• Monochrom-Bildschirm

*Rufen Sie an, fragen Sie auch nach den Aktionspreisen
für PC, XT und Peripherie*

Wir liefern Computer mit Köpfchen

Computer Systeme Euler KG

Castrop-Rauxel, Lange Str. 42
Tel. 02305/73050

Kontakte und Adressen

DFI
Demokratische
Fraueninitiative
c/o Waltraud Weber
RE, Hillen 15
Tel. 47697

Gleichstellungsbeauftragte
Tela Kitschke
RE, Stadthaus C, Zi. 6, Die.-
Do. 8.30-12.30
Tel. 587833

Frauen am Lohtor
Christl. Wohngemeinschaft
RE, Am Lohtor 1,
Tel. 23004

Frauenzentrum RE
Haltener Str.

Frauennotruf
Tel. 15457

Verschiedenes

Altstadtschmiede/Soziokulturelles Zentrum
RE, Kellerstr. 10
Tel. 21212

Attatroll Buchladen
RE, Hermer Str. 16
Tel. 17002

Baukollektiv
RE, Westcharweg 108
Tel. 17942

Begegnungs- und
Beratungszentrum
RE, Bochumer Str.
Tel. 33683

Christliche Arbeiter-Jugend
(CAJ)
RE, Kemnastr. 7
Tel. 21073

Familienbildungsstätte
RE, Kemnastr. 23 a
Tel. 22551

Fachwerk
Stadtteilzeitung
RE, Nordseestr. 104

Junges Forum
RE, Ruhrfestspielhaus
Tel. 15521

Rote Hilfe Deutschland
c/o Almuth Euler
Tel. 12657

Sonnenblume
Naturkostladen
RE, Springstr.
Tel. 13927

Theater im Depot
RE, Castroper Str. 23
Tel. 47774

Volkshochschule
RE, Herzogswall 17
Tel. 587/383

Volkssternwarte
RE, Stadtgarten
Tel. 23134

"Zeit", Zeitschrift
Redaktionsanschrift: RE,
Attatroll, Paulusstr./Hermer Str.

Initiativen/Vereine

Amnesty International
c/o Dorothee Luhe
RE, Nordseestr. 33
Tel. 27302

Antifaschistischer Bund (AFB)
c/o Carsten Thiemann
RE, Oberlinstr. 19
Tel. 44508

Antifaz
c/o Norbert Gölitzer
RE, Michaelstr. 14
Tel. 35831

Bündnis für ein Kommunales
Wahlrecht für Ausländer/innen
c/o Martin Uphoff
RE, Tiefer Pfad 29
Tel. 15323

Bürgerinitiative "Atomstopp"
c/o Dorothee Vogel
RE, Reitzensteinstr.
Tel. 182347

Deutsch-Türkischer-Verein
RE, Am Steintor 5
Tel. 17483

Deutsche
Friedensgesellschaft/Vereinigt
e Kriegsgegner DFG/VK
und Jugendclub Courage
(DFG/VK-Jugend)
c/o Stefan Fokken
RE, Hillen 15
Tel. 492635

Eltern gegen Aussonderung
c/o Mechthild Strake
RE, Elper Weg 88
Tel. 27561

Förderkreis
Städtepartnerschaft
Recklinghausen -
Sebaco/Nicaragua
c/o Michael Streuer
RE, Wickingstr.
Tel. 59536

Friedensinitiative
Quellberg/Ost
c/o Vitus Lersch
RE, Nordseestr. 114
Tel.

Friedensinitiative Süd
c/o Albrecht Weidling
RE, Tiefer Pfad 24
Tel.

Friedensinitiative West
c/o Jürgen Flüchter
RE, Regerstr. 4
Tel. 183141

Kinderschutzbund e.V.
Ortsverband
RE, Dortmunder Str. 11
Tel. 44447

Koordinationskreis für
Flüchtlingsfragen
c/o Deutsch-Türkischer-Verein
Am Steintor 5

Landschaftsschutzgemeinschaft
-Fluglärm Loemühle-
Vest Recklinghausen e.V.
Mühlenstr. 9
4370 Marl

Naturschutzbüro
Kreis Recklinghausen
DBV, BUND, IUN,SGV
RE, Martinstr. 36

Ökologische
Verbraucher/inneninitiative
Recklinghausen
c/o Dorette Eikelkamp
RE, Gerhart-Hauptmann-Str.
29
Tel. 181652

Türkischer Arbeiterverein
RE, Marienstr. 4
Tel. 62564

Verband alleinerziehender
Väter und Mütter
RE, Dortmunder Str. 11
Tel. 22551

Kontakte und Adressen

Holzwerk

Zeitschrift für Recklinghausen

Der Holzwurm vor fünf Jahren:

GEORGE ORWELL 1985



Pig-Brother is watching you!
überarbeitete und berichtete und
Neuaufgabe

Heft 84
DM 1.50
9. Jahrgang
Januar,
Februar 84

- * WENN ICH SCHWANGER WÜRDE - ERFAHRUNGSBERICHT VON DEN RECKLINGHÄUSER BERATUNGSSTELLE
- * BEHINDERTENWOHNHEIME IM PRANGERT AN
- * AUTONOMES ZENTRUM - WIR ZIEHEN UM
- * TERMINE JA

Attatro

Buchladen

Bücher
für
(fast)
alle
Lebenslagen



- Herner Str./Ecke Paulusstr. ·
- 4350 Recklinghausen ·
- Tel. 02361-17002 ·

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



partner der büchergilde gutenberG